

**NATIONALER AKTIONSPLAN ZUR UMSETZUNG VON
RESOLUTION 1325 (2000)
DES SICHERHEITSRATES DER VEREINTEN NATIONEN**

Neunter Umsetzungsbericht

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu den Zielen der am 31. Oktober 2000 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-SR) verabschiedeten Resolution 1325 (2000) zum Thema „Frauen, Frieden, Sicherheit“ und hat am 8. August 2007 den ersten Nationalen Aktionsplan (NAP 1325) mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Resolution beschlossen. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Annahme der Resolution 1325 wurde eine Überprüfung der nationalen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution beschlossen, deren Ergebnis der am 24. Jänner 2012 beschlossene überarbeitete Nationale Aktionsplan ist.

Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans wurde unter Federführung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der Vertreterinnen und Vertreter aller beteiligten Ressorts sowie der Austrian Development Agency (ADA) angehören. Diese Arbeitsgruppe erstellt jährlich einen Umsetzungsbericht.

Der vorliegende neunte Umsetzungsbericht der Arbeitsgruppe erfasst den Zeitraum vom 1. Jänner 2017 bis 31. Dezember 2017. Er schließt an den achten Umsetzungsbericht an, der am 14. Juli 2017 vom Ministerrat angenommen wurde und bietet einen Überblick über den Stand der Umsetzung des überarbeiteten NAP bzw. über die von den einzelnen Ressorts und der ADA gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen.

Im überarbeiteten NAP aus dem Jahr 2012 ist festgehalten, dass im Jahr 2016 unter Einbindung der Zivilgesellschaft eine Überprüfung der Wirksamkeit des Aktionsplans stattfinden wird, wobei die Arbeitsgruppe den Aktionsplan an neue Entwicklungen anpassen und Maßnahmen ändern bzw. ergänzen kann. Seitens des BMEIA wurden die Ressorts sowie relevante Zivilgesellschaftsorganisationen damit befasst. Es hat sich dabei kein unmittelbarer Bedarf für eine Überarbeitung ergeben, jedoch wird die Frage einer weiteren Anpassung des NAPs insbesondere auch im Lichte der Entwicklungen auf internationaler und europäischer Ebene kontinuierlich weiter verfolgt werden.

1. Aktivitäten in Österreich

1.1 Koordination, Monitoring und Berichtslegung

BMEIA

- Das BMEIA koordinierte die aus Vertreterinnen und Vertretern des BMEIA, des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen (BMGF)¹, des Bundesministeriums für Inneres (BM.I), des Bundesministeriums für Justiz (BMJ), des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) und der ADA bestehende Arbeitsgruppe zur Umsetzung bzw. Weiterentwicklung des NAP 1325 unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft.
- Der am 14. Juli 2017 vom Ministerrat angenommene achte Umsetzungsbericht zum NAP wurde an das Parlament weitergeleitet und auf der Webseite des BMEIA und des BMGF veröffentlicht.
- Der achte Umsetzungsbericht wurde auch an alle österreichischen Botschaften und Vertretungsbehörden sowie alle relevanten Abteilungen des BMEIA mit dem Ersuchen weitergeleitet, die Umsetzung des NAP weiter voranzutreiben und über relevante Projekte und Initiativen zu berichten.
- Das BMEIA veröffentlichte im Berichtszeitraum drei Presseaussendungen und 26 Tweets mit inhaltlichem Bezug zu Resolution 1325. Unter dem österreichischen Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wurden 58 Tweets mit inhaltlichem Bezug zu Resolution 1325 und drei Presseaussendungen veröffentlicht (siehe Anhang 1).
- Konkrete Anliegen der Zivilgesellschaft wurden im Berichtszeitraum in erster Linie im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des 8. Umsetzungsberichts geäußert, in dessen Erstellung die Zivilgesellschaft eingebunden war. Das BMEIA stand dabei in direktem Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, folgte deren Einladungen zu Treffen zum Informationsaustausch und war darum bemüht, den Anliegen so weit wie möglich Rechnung zu tragen.

1.2 Rekrutierung für internationale Friedensoperationen, Nominierungen für Führungspositionen in internationalen Organisationen und für Wahlbeobachtungen

BMEIA

- Im Berichtszeitraum wurden von Österreich 38 Personen, davon 15 Frauen (39,47%), für Wahlbeobachtungsmissionen der in Drittstaaten nominiert. Alle

¹ Da der Berichtszeitraum vor Inkrafttreten der Bundesministeriengesetz-Novelle 2017 liegt, werden die neuen Ressortbezeichnungen noch nicht berücksichtigt.

nominierten Österreicherinnen und Österreicher hat das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) tatsächlich auf die durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt.

- Österreich tritt stets für einen höheren Frauenanteil bei OSZE-Leitungsfunktionen im OSZE-Sekretariat, den OSZE-Institutionen sowie in den OSZE-Feldpräsenzen ein. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 21 zivile Personen an die OSZE-Feldpräsenzen sekundiert, davon waren sieben (33,3%) weiblich.
- Zudem arbeiteten zehn Österreicherinnen und Österreicher, davon sieben Frauen (70%), in internationalen Vertragspositionen im Sekretariat der OSZE in Wien, den OSZE-Institutionen und OSZE-Feldpräsenzen. Fünf dieser Frauen waren im OSZE-Sekretariat angestellt, eine Frau arbeitete im ODIHR in Warschau.

BM.I

- Im Berichtszeitraum waren insgesamt 19 Polizistinnen und Polizisten, davon zwei Frauen (d.s. 10,53 %), in insgesamt vier verschiedenen Krisenmanagement-Einsätzen der Europäischen Union (EU) eingesetzt.
- Zur Mission der Vereinten Nationen (VN) im Kosovo (UNMIK), hat das BM.I zwei Polizistinnen entsandt (100 %).
- Die Auswahl des eingesetzten Personals erfolgt zur Gänze durch die EU bzw. die VN. Das bedeutet in der Praxis, dass sich die Polizistinnen und Polizisten im Wege des BM.I bei der EU oder den VN in der jeweiligen Mission bewerben. Auf die weitere Personalauswahl dieser beiden internationalen Organisationen hat das BM.I keinerlei Einfluss.
- Bei der UNMIK-Mission der VN im Kosovo waren zwei österreichische Polizistinnen im Beobachtungszeitraum als Verbindungsbeamtinnen zur kosovoalbanischen Polizei, zur European Union Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX) und zu anderen internationalen Organisationen im Einsatzgebiet eingesetzt.
- Bei der European Union Monitoring Mission in Georgien (EUMM Georgia) in Georgien übte im Beobachtungszeitraum ein österreichischer Polizist die Funktion eines „Gender Focal Points“ für das gesamte Fieldoffice Zugdidi aus. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des georgischen Nationalen Aktionsplans der Resolution 1325 wurden unter seiner Leitung Informationskampagnen im Bereich der georgischen Polizei und Armee sowie auch an der georgischen nationalen Ausbildungsstätte für maritime Berufe durchgeführt.

BMJ

- Mit Stand 31. Dezember 2016 war eine österreichische Richterin im Ruhestand als Richterin am Sondergerichtshof für Residualaufgaben für Sierra Leone und eine weitere österreichische Richterin als Richterin beim Rote-Khmer-Tribunal in Kambodscha tätig.

BMLVS

- Im Berichtszeitraum befanden sich pro Monat durchschnittlich 35 Frauen und 1.293 Männer im Auslandeinsatz. Der Höchstwert an entsendeten Frauen belief sich auf 47, was einem Frauenanteil von 2,49% des insgesamt entsendeten Personals entsprach.
- Im Beobachtungszeitraum wurden folgende Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Auslandseinsätzen durchgeführt. Diese Maßnahmen dienen vor allem der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie:
 - Die generelle, bedarfsorientierte Genehmigung und Durchführung einer temporären Kinderbetreuung in sechs Bundesländern an 13 Standorten im Juli und August 2017 mit insgesamt 19 Gruppen, für die 456 Kinder angemeldet und in diesen betreut wurden;
 - Die Ausweitung der Flexibilisierung der Dienstzeit in Form von Gleitzeit;
 - Die Weiterführung des Projektes zur Schaffung eines kontinuierlichen Kinderbetreuungsangebotes im Österreichischen Bundesheer (ÖBH) als familienfreundliches Signal an die Bediensteten.
- Darüber hinaus wurden gezielte Rekrutierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Dienstes für Soldatinnen beim ÖBH gesetzt, mit dem Ziel, den Anteil an Soldatinnen im ÖBH langfristig auf zehn Prozent zu erhöhen. Zu den Maßnahmen zählen unter anderem:
 - Die Veranstaltung von speziellen Schnuppertagen, die jungen Frauen einen Einblick in die Karrieremöglichkeiten beim ÖBH sowie in den Berufsalltag von Soldatinnen und Soldaten bieten sollen. Der einmal im Jahr stattfindende „Girls' Day“ stellt dabei weiterhin den maßgeblichen Ankerpunkt in den Bemühungen des ÖBH zur Gewinnung von Soldatinnen dar. Im Beobachtungszeitraum fand der sogenannte „Girls' Day“ einmal an neun Standorten statt. Mit 3.428 Teilnehmerinnen konnte ein neuer Rekord aufgestellt werden.
 - Aufbauend auf den „Girls' Day“ wurden im Beobachtungszeitraum vier „Girls' Camps“ in der Dauer von je drei Tagen mit dem Zweck durchgeführt, den Interessentinnen den Soldatenalltag näher zu bringen und eine validere Entscheidung bezüglich freiwilliger Meldung für eine Laufbahn als Soldatin zu erreichen. 206 interessierte Frauen haben daran teilgenommen.
 - Die Veranstaltung von Schnupper- und Karrieretagen für Frauen und Männer, an denen im Berichtszeitraum 103 interessierte Frauen teilnahmen sowie die Durchführung von Berufsinformationstagen in den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservices (AMS), an denen im Beobachtungszeitraum 34 Frauen teilnahmen.

- Zusätzlich wurde ab Juli das Projekt „Fit fürs Heer“ installiert, welches Frauen für den erleichterten Einstieg in die Kaderanwärterausbildung vorbereitet. Zum Stichtag 31. Jänner 2018 haben 80 Soldatinnen daran teilgenommen.
- Die gezielte Karriereförderung von Frauen im ÖBH, wie beispielsweise die Förderung von Frauen bei der Vergabe von Führungs- und Managementfunktionen sowie die Etablierung eines Mentoring-Programms für neu eintretende Soldatinnen, in dem erfahrene Soldatinnen für eine oder mehrere Soldatinnen als Mentorinnen bestellt werden. Im Beobachtungszeitraum wurden 80 Mentees durch 20 Mentorinnen betreut.
- Die Schaffung und Weiterentwicklung von österreichweiten Kommunikationsplattformen zur Vernetzung und verbesserten Koordinierung von Soldatinnen. An den Jahrestreffen der Absolventinnen der Landesverteidigungsakademie, der Theresianischen Militärakademie sowie der Heeresunteroffiziersakademie, haben im Beobachtungszeitraum insgesamt 57 weibliche Offiziere und Unteroffiziere teilgenommen.
- In den Jahren 2011 bis 2013 wurden seitens des BMLVS „Gender Advisors“ (GENAD) als Beraterinnen und Berater des Kommandanten der Friedensmission „Kosovo Force“ (KFOR) entsendet. Im Jahre 2014 erfolgte die Übernahme dieser Aufgabe durch Schweden. Mit Anfang 2015 wurde ein „Gender Advisor“ erneut durch das BMLVS entsandt. Von Jänner 2016 bis November 2016 wurde diese Aufgabe wieder durch Schweden übernommen. Vom 25. November 2016 bis 29. Dezember 2017 wurde diese Funktion erneut durch das BMLVS besetzt. Für die Friedensmission Kosovo wird durch diesen österreichischen Beitrag ein formaler Kontakt zu lokalen Frauenorganisationen im Kosovo ermöglicht. Des Weiteren wird durch die Etablierung dieser Funktion eine Berücksichtigung von geschlechterspezifischen Anliegen – insbesondere jener von Frauen – in der Region gewährleistet.

ADA

- Von den 17 entsandten Fachkräften der ADA sind drei Frauen. Eine davon ist als Büroleiterin als Führungsperson anzusehen. Eine weitere Entsandte ist stellvertretende Büroleiterin.

1.3. Training/Code of Conduct

BMEIA

- Seminare über „Gender Mainstreaming“ und internationale Frauenfragen sind Bestandteil des verpflichtend zu absolvierenden Grundausbildungsprogramms für österreichische Diplomatinen und Diplomaten.
- Im Rahmen des Seminars zu „Gender Mainstreaming“ wird Bewusstseinsbildung für die Gleichbehandlungsfragen im öffentlichen Dienst geschaffen, während beim Seminar zu internationalen Frauenfragen im Rahmen des Moduls

Menschenrechte konkret auf die Zielsetzungen von Resolution 1325 und der Nachfolgeresolutionen eingegangen wird.

- Das letzte solche Seminar fand im Juni statt, es nahmen 17 Jungdiplomatinnen und –diplomaten am Training zu dem Thema „Resolution 1325 - der Weg zu einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik“ teil, die mittlerweile überwiegend an den Österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland tätig sind. Erstmals wurde auch ein Themenblock dem Thema „Zwangsverheiratung“ gewidmet.
- Weiters erfolgte im Rahmen eines „Executive Training Programme in European and International Affairs for Junior Diplomats and Civil Service Officials from Africa“ an der Diplomatischen Akademie Wien am 9. Mai ein Vortrag zum Thema „International/European Human Rights System, Gender Equality and Empowerment“. Daran beteiligten sich 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

BM.I

- Die Resolution 1325 fließt im Rahmen mehrerer Ausbildungsmodule im Bereich der generellen Vorbereitung für Auslandseinsätze ein. Im Bereich der missionsspezifischen Ausbildung (unmittelbare Vorbereitung von Polizistinnen und Polizisten für eine bestimmte Mission) wird wiederholt auf die Bedeutung von Resolution 1325 eingegangen.
- Im Berichtszeitraum wurden bei den internationalen Einsätzen, an denen sich das BM.I mit der Entsendung von Polizistinnen und Polizisten beteiligt, keine Verhaltensstandards durch österreichische Polizistinnen und Polizisten verletzt.

BMLVS

- Seit dem Jahr 2010 werden vom „Swedish Armed Forces International Training Centre“ (SWEDINT) „Gender Field Advisor“ (GFA)-Kurse für internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchgeführt. Im Berichtszeitraum wurde die Bezeichnung auf „Gender Advisor“ (GENAD)-Kurse geändert. Durch ein bilaterales Kooperationsprojekt wurde 2011 ebenso ein dementsprechendes Ausbildungsprogramm des European Security and Defence College (ESDC) ins Leben gerufen. Die nachfolgende Entsendung von hierdurch qualifizierten GENAD ermöglicht die Umsetzung einer diversitätsgerechten und insbesondere geschlechterspezifischen Herangehensweise in internationalen Friedenseinsätzen. 15 Bedienstete des BMLVS, davon sieben Frauen (47%), wurden bis zum Ende des Berichtszeitraums bereits zu GFA ausgebildet. Die Ausbildung weiterer Bediensteter des BMLVS zu GA sowie zu Trainerinnen und Trainer im Bereich Gender war im Berichtszeitraum in Vorbereitung.
- Unter Einbindung von internationalen Gender-Expertinnen und Experten wurde ein spezielles Gender-Ausbildungsmodul „Basics und Gender-Perspective in militärischen Operationen“ zur Integration der Thematik in die generellen Ausbildungsmaßnahmen für Bedienstete des BMLVS entwickelt. Das erarbeitete Ausbildungsmodul wird seit dem Jahr 2012 adäquat in die unterschiedlichen

Laufbahn- und Grundausbildungsmaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten und zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter integriert. Des Weiteren wurde ein spezielles Gendermainstreaming-Einsatzmodul entwickelt, welches flächendeckend im Rahmen der Ausbildungsvorbereitung für Auslandseinsätze zur Anwendung kommt.

- Das im Jahr 2012 vom BMLVS in Kooperation mit dem BMEIA, dem Bundesministerium für Inneres (BM.I) und dem Bundeskanzleramt (BKA) entwickelte interdisziplinäre Ausbildungsprogramm für Führungskräfte in Friedensoperationen zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten wurde im Berichtszeitraum zweimal (Jänner und November) am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) in Stadtschlaining durchgeführt. Im Rahmen dieses international angebotenen Kurses wurden seit 2012 bis zum Ende des Berichtszeitraumes insgesamt 181 nationale und internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon 52 Frauen (28,73%), ausgebildet. Ein Ausbildungsteil des mittlerweile jährlich veranstalteten Kurses widmet sich explizit der Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zur Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen.
- In Ergänzung zum bestehenden Protection of Civilians (PoC)-Kurs auf operativer Ebene wurde vom 3. bis 7. April an der Auslandseinsatzbasis erstmalig der „Interdisziplinäre Lehrgang für Führungskräfte im Krisenmanagement zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten auf taktischer Ebene (PoC/Temporary Learning Center - TLC)“ durchgeführt. Auch hier widmet sich ein Ausbildungsteil explizit der Thematik „Frauen, Frieden, Sicherheit“ zur Vermittlung der Inhalte von Resolution 1325. Dieser Pilotkurs wurde mit einer geringen Anzahl von 16 nationalen und internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon zwei Frauen (12,5%), durchgeführt, um das Curriculum bzw. die praktische Ausbildung im Gelände zu evaluieren und gegebenenfalls Adaptierungen durchführen zu können.
- Seit 2013 wird seitens des BMLVS ein weiteres thematisches Ausbildungsprogramm – ein VN Training of Trainers (ToT)-Kurs zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten – am ÖSFK in Stadtschlaining abgehalten. Auch bei dieser Ausbildungsmaßnahme ist ein Ausbildungsteil explizit den Inhalten und Zielen der Resolution 1325 gewidmet und behandelt unter anderem die Rolle und den Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten sowie die Null-Toleranz Politik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch bei VN-Friedenseinsätzen. Im Rahmen dieser Kurse, die bis zum Ende des Berichtszeitraums fünf Mal in Österreich stattfanden, wurden bisher 124 internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter 34 Frauen (27,42%), zu Trainerinnen und Trainern im Bereich Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten ausgebildet.
- Österreich veranstaltete außerdem zwei Mal jährlich einen internationalen Kurs zu „Security Sector Reform“ am ÖSFK in Stadtschlaining. Ein Ausbildungsteil dieses

angebotenen Kurses widmet sich dabei explizit den Genderaspekten bei der Reformierung des Sicherheitssektors und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zur Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen.

- Im ÖBH gibt es zudem die Möglichkeit, ein vertiefendes zweitägiges Seminarangebot „Gleichstellung im Einsatz und im Frieden“ zu absolvieren, welches die Ziele und die Umsetzung von Resolution 1325 explizit zum Thema hat. Dieses Seminar kann von Soldatinnen und Soldaten des Präsenz- und Milizstandes besucht werden.
- Die aus Resolution 1325 erschießbaren Ziele und Absichten werden des Weiteren in bestehenden Lehrveranstaltungen der Unteroffiziers- und Offiziersausbildung thematisiert. Der Schutz und die Rechte von Frauen in internationalen bewaffneten Konflikten werden insbesondere in den Lehrveranstaltungen zum Thema „Humanitäres Völkerrecht“ angesprochen. Darüber hinaus werden genderspezifische Aspekte, die in der nationalen Rechtsordnung verankert sind und einen ressortspezifischen Bezug aufweisen, im Rahmen der ressortbezogenen Rechtslehre angesprochen. Auch im Rahmen von speziellen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. Generalstabsausbildung, Stabslehrgang, Einweisung des militärdiplomatischen Personals) werden Teile der Resolution 1325 gesondert und explizit thematisiert. Hier liegt der Schwerpunkt in einer generellen Sensibilisierung zur Gleichstellung mit der Strategie Gender Mainstreaming; Resolution 1325 ist dabei ein Teilbereich.
- In der Ausbildung im Rahmen einer Einsatzvorbereitung kommen zudem die relevanten Ausbildungsinhalte der nunmehr ebenenbezogenen VN CPTM („Core Pre-Deployment Training Materials“) wie „Code of Conduct“ (Verhaltensregeln), „Child Protection“ (Schutz von Kindern), „Prevention of Sexual Exploitation and Abuse“ (Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch) und „Gender Equality in Peacekeeping“ (Gleichheit/Gleichberechtigung der Geschlechter in friedenserhaltenden Operationen) zur Anwendung.
- Das ÖBH verfolgt eine Null-Toleranz-Politik in Bezug auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch im Rahmen von internationalen Einsätzen; vermutete Verstöße werden disziplinarrechtlich und strafrechtlich verfolgt. Im Beobachtungszeitraum lagen keine Verstöße gegen vorliegende Verhaltensstandards und die Null-Toleranz-Politik betreffend sexuellen Missbrauchs und Prostitution im Rahmen von internationalen Einsätzen durch das entsendete Personal des ÖBH vor.

ADA

- Die ADA hat in Kooperation mit der belgischen Organisation für technische Zusammenarbeit (BTC) und dem Internationalen Trainingscenter der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation – ILO) die dritte „Joint Learning Journey“ (JLJ) der „Learn4Dev Gender Experts Group“ am 30. und 31. Mai in Wien organisiert. Dabei nahmen an der Tagung, die das Thema

„Gender, Migration and Development“ behandelte, u.a. Repräsentantinnen und Repräsentanten von UN WOMEN, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Internationalen Organisation für Migration (IOM), der OSZE, sowie der EU (Generaldirektion Entwicklung) teil. Im Rahmen dieser Tagung wurde ein Abschlussdokument „Recommendations on Gender & Migration for Donors and Development and Humanitarian Actors from the Joint Learning Journey“ unter anderem mit folgenden Empfehlungen verfasst: Geldgeber sollten mit Hilfe des Policy-Dialogs sicherstellen, dass NAPs zu Resolution 1325 Maßnahmen im Hinblick auf Flucht und Vertreibung enthalten und entsprechende Indikatoren für die Umsetzung zugewiesen werden.

2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie in bilateralen Kontakten

2.1 Vereinte Nationen

BMEIA

- Seit 1. Jänner 2015 ist die von Österreich nominierte Richterin Lilian Hofmeister gewähltes Mitglied des VN-Komitees von Expertinnen und Experten zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW-Komitee). Ihre Funktionsperiode endet mit 31.12.2018.
- Seit 1. März 2013 ist die von Österreich nominierte und 2016 wiedergewählte Richterin Renate Winter Mitglied des VN-Kinderrechteausschusses (CRC).
- Im Rahmen des VN-Spezialausschusses für Friedenserhaltende Operationen (C-34) konnten im Berichtszeitraum die Verweise auf die Umsetzung der Agenda zu Frauen, Frieden, Sicherheit gestärkt werden, insbesondere in Bezug auf die Bekämpfung von sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch im Zusammenhang mit VN-SR-Resolution 2272.
- Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen zu den Schlussfolgerungen („agreed conclusions“) im Rahmen der 61. Sitzung der Frauenstatuskommission (CSW), die von 13. bis 24. März in New York tagte. Gemeinsam mit der NGO Global Network of Women Peacebuilders organisierte Österreich ein side event zur Präsentation des ADA-geförderten Projekts „Regional Women’s Dialogue Platform on UNSCR 1325 in Southern and Eastern Europe/Central Asia“ im Rahmen des österreichischen Vorsitzes der OSZE. Außerdem beteiligte sich Österreich an einer Veranstaltung zum Thema „Finanzierung von Gleichstellung im Rahmen der Agenda 2030“.
- Am Rande der Ministerwoche der 72. VN-Generalversammlung (VN-GV) nahm der Bundespräsident (HBP) am 18. September an einer hochrangigen Veranstaltung des VN-Generalsekretärs (VN-GS) zur Annahme einer unverbindlichen politischen Absichtserklärung über die Beseitigung sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs teil. Der Prozess zur Unterzeichnung der

Vereinbarung durch Österreich wurde in die Wege geleitet. HBP wurde Mitglied des sogenannten „Circle of Leadership on the prevention of and response to sexual exploitation and abuse“.

- Am Rande der hochrangigen Woche der 72. VN-GV beteiligte sich Österreich am 21. September an der zweiten Veranstaltung des „1325 Women, Peace and Security Focal Point“-Netzwerks zur Rolle von Frauen an Konfliktprävention und Friedenaufbau. Das Netzwerk soll die Umsetzung der 1325-Agenda erleichtern, indem innerstaatliche Entscheidungsprozesse durch den Austausch von „best practice“-Beispielen beleuchtet werden.

BMEIA/BMLVS

- Österreich nahm im Berichtszeitraum die freiwillige Übereinkunft zwischen dem VN-GS und Österreich zur Beseitigung sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs durch VN-Personal („Compact between the Secretary-General of the United Nations and the Government of Austria: Commitment to eliminate sexual exploitation and abuse“) an. Der Text beinhaltet neben einer allgemeinen Verurteilung von Sexual Exploitation and Abuse (SEA) in Friedenserhaltenden Operationen auch spezifische Verpflichtungserklärungen von Österreich bzgl. der Unterstützung von Opfern, der Vorbeugung von SEA und der Stärkung der Rechenschaftspflicht.
- Österreich nahm aktiv am Treffen der VN-Verteidigungsminister in Vancouver/Kanada teil, welches sexuelle Ausbeutung und Missbrauch durch VN-Personal im Rahmen von Friedenserhaltenden und -stiftenden Missionen im Kontext der Resolution 1325 thematisierte. Dabei verpflichtete sich Österreich zur Einberufung von zwei weiblichen Militärbeobachtern beziehungsweise Stabsoffizieren für das Jahr 2018.

2.3. Europäische Union

BMEIA/BMLVS

- Österreich ist aktives Mitglied in der EU (High Level) Task Force 1325, welche von der Ratsarbeitsgruppe Menschenrechte (COHOM) eingerichtet wurde und nahm im Beobachtungszeitraum regelmäßig an deren Sitzungen in Brüssel teil. Ein Schwerpunkt waren die vorbereitenden Arbeiten zur Revision des „Umfassenden Ansatzes“ („EU Comprehensive Approach“) der EU aus dem Jahre 2008 zur Umsetzung von Resolution 1325.
- Österreich nahm weiters aktiv am Treffen des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU zum Thema Frauen, Frieden, Sicherheit am 24. Jänner, 5. Juli und 17. Oktober teil. Die Arbeit der Principal Advisor on Gender des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), Botschafterin Marinaki, wurde dabei vollinhaltlich unterstützt.
- Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie in den regionalen Ratsarbeitsgruppen setzte sich Österreich laufend für die

Berücksichtigung der Situation von Frauen in Konfliktsituation sowie für deren verstärkte Einbindung in Friedensgespräche ein.

- Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU setzte sich Österreich dafür ein, dass bei allen GSVP-Missionen und Operationen dem Thema Frauen, Frieden, Sicherheit eine größere Bedeutung eingeräumt wird und dass bei Missionen, die die Ausbildung von Streitkräften, Polizeieinheiten oder Personen aus der öffentlichen Verwaltung zum Inhalt haben, dieses Thema auch in den Ausbildungsplänen berücksichtigt wird.
- Österreich brachte sich laufend in die Debatte zum Thema Mainstreaming von Menschenrechten, Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten, humanitärem Völkerrecht und Geschlechtergleichstellung in GSVP-Missionen und Operationen, unter besonderer Berücksichtigung von Resolution 1325, ein. Österreich sprach das Thema zudem bei der Diskussion von konkreten GSVP-Mandaten, bei den regelmäßigen Berichten von GSVP-Missionen und Operationen sowie bei horizontalen GSVP-Diskussionen an. Während bei der Berichterstattung über gender-relevante Aspekte in GSVP-Missionen und Operationen Fortschritte zu beobachten sind, besteht in Teilaspekten weiterhin erheblicher Verbesserungsbedarf, weshalb sich Österreich kontinuierlich für eine systematische Berichterstattung zu gender-relevanten Aspekten einsetzt.

2.4. OSZE

BMEIA

- Österreich unterstützt die Bestrebungen, die Anzahl der hauptamtlichen „Gender-Advisors“ (GENAD) an den Feldpräsenzen der Organisation zu erhöhen. Die Berücksichtigung der Zielsetzung von Resolution 1325 ist auch bei der finanziellen Unterstützung von OSZE-Projekten durch Österreich ein Anliegen. Der Großteil der durch Österreich unterstützten OSZE-Projekte verfolgt einen „Gender Mainstreaming“-Ansatz. Zudem unterstützte Österreich im Beobachtungszeitraum spezifische Projekte zur verbesserten Umsetzung von Resolution 1325 in der OSZE-Region, u.a. ein Projekt zur Integration einer Geschlechterperspektive und Förderung der Teilnahme von Frauen in Grenzsicherheit- und Grenzmanagementbehörden (OSCE ExB Project „Women Leadership and Empowerment Initiative for Border Security and Management Agencies“), sowie ein Projekt zum Aufbau von Kapazitäten von Strafverfolgungsbehörden in der Prävention und Bekämpfung von geschlechterbasierter Gewalt (OSCE ExB Project „Effective Criminal Justice Strategies and Practices to Combat Gender-based Violence in Eastern Europe“).
- Österreich setzt sich weiterhin für eine Verbesserung der Umsetzung von Resolution 1325 im Rahmen der OSZE ein. Österreich hat bereits im Jahr 2012 eine gemeinsame Initiative mit Finnland, der Türkei und Kasachstan zu einem OSZE-weiten Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 eingebracht. Der Entwurf des Aktionsplans sieht erstens das „Mainstreaming“ der Inhalte der

Resolution in sämtliche relevante Arbeitsbereiche der OSZE und zweitens die Ausarbeitung von nationalen Umsetzungsmaßnahmen in den OSZE-Teilnehmerstaaten vor. Trotz breiter Unterstützung für einen OSZE-weiten Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 konnte bisher kein Konsens erzielt werden.

- Auch im Rahmen des österreichischen OSZE-Vorsitzes 2017 stellte die Resolution 1325 ein wichtiges Schwerpunktthema dar. Der österreichische OSZE-Vorsitz organisierte zahlreiche Vorsitzveranstaltungen zur verbesserten Umsetzung der Resolution, wobei ein spezieller Fokus auf die Förderung der Teilnahme von Frauen in der Prävention, dem Management und der Lösung von Konflikten sowie die Rolle der Medien in der Umsetzung von Resolution 1325 gelegt wurde. Zudem war der österreichische Vorsitz bemüht, eine Geschlechterdimension in alle Vorsitzveranstaltungen sowie in die Arbeit der OSZE-Gremien zu integrieren. Exemplarisch können folgende Veranstaltungen herausgegriffen werden:
 - Chairmanship Event „Gender in Operations“ (25. Jänner, Café Hofburg, Wien)
 - Side Event „Regional Women’s Dialogue Platform on UNSCR 1325 in the OSCE Region“ (13. März, UN Commission on the Status of Women, NY)
 - Working Group „Gender Mainstreaming in Border Security and Border Management Agencies“ (27-28. März, OSCE Border Security and Border Management National Focal Point Network, Hofburg, Wien)
 - OSCE High-level Retreat on Successful Peace Processes and the Inclusion of Women (25-26. April, Baden)
 - 2nd OSCE Gender Equality Review Conference (12-13. Juni, Hofburg, Wien)
 - Working Session „Strengthening the Role of Women and Civil Society across the Conflict Cycle“ (27-29. Juni, OSCE Annual Security Review Conference, Hofburg, Wien)
 - Joint Human Dimension and Security Committee Meeting „Civilian Aspects of UNSCR 1325“ (3. Oktober, Hofburg, Wien)
 - Side Event „Women from Armenia, Azerbaijan, Georgia, Moldova and Ukraine address Protracted and Ongoing Conflicts through the Implementation of UNSCR 1325“ (26. Oktober, Security Council Open Debate on WPS, NY)
 - Side Event „The Role of the Media in Implementing UNSCR 1325“ (3. November, Supplementary Human Dimension Meeting, Hofburg, Wien)
 - Chairmanship Conference „Gender Dimension of Internal Displacement“ (1. Dezember, Alois Mock Saal, BMEIA, Wien)
- Durch diese Bemühungen des österreichischen Vorsitzes wurde die Resolution 1325 stark in den politischen und programmatischen Fokus der Organisation

gerückt. Zudem konnte das Bewusstsein für die Bedeutung der Umsetzung der Resolution für Frieden, Stabilität und Sicherheit in der OSZE-Region gestärkt werden.

- Um die regionale Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten sowie das politische Mandat der OSZE in der Umsetzung von Resolution 1325 weiter zu stärken, legte der österreichische Vorsitz zudem zwei Ministerratsbeschlussentwürfe zu den Themen *Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Frauen und Erhöhung der Teilhabe von Frauen im Sicherheitssektor* vor. Trotz langer und intensiver Verhandlungen und breiter Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten konnte beim 24. OSZE-Ministerrat im Dezember in Wien kein Konsens zur Annahme der Entscheidungen erzielt werden.

BMLVS/BMEIA

- Im Rahmen des Informationsaustausches zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten hat Österreich so wie in den Vorjahren auch im Jahr 2017 am freiwilligen Informationsaustausch mit Teilnehmerstaaten der OSZE zur Umsetzung von Resolution 1325 teilgenommen.
- Österreich nahm aktiv an der 861. Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) am 13. September teil, welches die Rolle des Verteidigungssektors in der Implementierung der Resolution 1325 thematisierte. Teilnehmende Staaten begrüßten die Behandlung der Resolution 1325 und stellten nationale Maßnahmen zur Implementierung vor. Im Bemühen, die 1325-Agenda voranzubringen, startete Österreich zusammen mit Finnland, der Türkei und Kasachstan eine gemeinsame Initiative für die Einführung eines OSZE-weiten Aktionsplans für Frauen, Frieden, Sicherheit, welche zahlreiche Mitgliedsstaaten stark befürworteten.
- Österreich unterstützte im Berichtszeitraum die Umsetzung von Resolution 1325 mit dem Ziel, ein gesteigertes Bewusstsein für die Bedeutung der Umsetzung der Resolution zu erzielen sowie das Thema politisch auf hoher Ebene in den Arbeitsgremien der Organisation zu verankern. Zu den Beispielen aus den umfangreichen Vorsitzaktivitäten, welche direkt von BMLVS unterstützt wurden, zählte die Implementierung der Resolution in der von Österreich geführten (Sekundierung BMLVS) Hochrangigen Planungsgruppe (OSCE High-Level Planning Group) und die Unterstützung einer Veranstaltung zum Thema „Gender-Mainstreaming in Operations“.
- Im Berichtszeitraum übermittelte Österreich auf Anfrage des ODIHR einen Bericht zur Umsetzung von Resolution 1325 innerhalb der nationalen Streitkräfte. Eine Zusammenfassung aller nationalen Beiträge soll vor allem bestehende Unterschiede für Frauen und Männer in den Streitkräften der OSZE-Mitgliedsstaaten aufzeigen und teilnehmende Staaten bei der Implementierung ihrer Verpflichtungen in den Bereichen Geschlechtergleichstellung, Partizipation von Frauen in friedens- und sicherheitsfördernden Aktivitäten unterstützen.

2.5. NATO/EAPC/PfP

BMEIA/BMLVS

- Im aktuellen Entwurf des „Individual Partnership and Cooperation Programme“ (IPCP) für 2016-2017 zwischen Österreich und der NATO, das von BMEIA und BMLVS unter Beteiligung der Österreichischen Vertretung (ÖV) bei der North Atlantic Treaty Organization (NATO) und der Militärvertretung Brüssel ausgearbeitet wurde, wird konkret auf die Resolution 1325 Bezug genommen. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit zwischen Österreich und der NATO unter Berücksichtigung auf der Stärkung von Gender Mainstreaming in Sicherheitspolitik und Krisenmanagement aufbaut.
- Österreich nimmt regelmäßig an den Sitzungen des NATO-Komitees zu Gender-Perspektiven (NCGP) teil. Dieses seitens der NATO ständig eingerichtete Gremium dient der Beratung der Führung der Allianz und der Mitgliedsnationen in allen Fragen der Beschäftigung, Ausbildung und Verwendung von Frauen in den Streitkräften. Im Rahmen einer umfassenden Strategieentwicklung wurde dabei auch die Umsetzung von Resolution 1325 als wesentliche Priorität definiert.
- Österreich nimmt regelmäßig an den von der Sonderbeauftragten oder den NATO-Alliierten/Partnerstaaten veranstalteten „Friends of 1325“-Treffen zum Thema Frauen, Frieden, Sicherheit teil. Dabei werden in regelmäßigen, informellen Treffen die Fortschritte und weitere Anstrengungen im Bereich von Resolution 1325 diskutiert. Die ÖV NATO veranstaltete in Kooperation mit dem NATO-Mitglied Belgien im Jahr 2017 zwei „Friends of 1325“-Runden, wobei der Schwerpunkt auf der politisch-militärische Zusammenarbeit lag.
- Die ÖV NATO war aktiv in die Finalisierung der NATO-Richtlinien zum Gender Mainstreaming von Projekten mit Klein- und Leichtwaffen, bei Minenräumungsaktionen und Waffenkontrollen unter der Leitung der NATO-Abteilung Waffenkontrolle und -koordination und in Kooperation mit der NATO-Abteilung Frauen, Frieden, Sicherheit eingebunden. Diese wurden 2017 veröffentlicht.
- Österreich nahm des Weiteren aktiv an der „2017 NATO Committee on Gender Perspectives Annual Conference“, die von 29. Mai bis 2. Juni im NATO-Hauptquartier (HQ) in Brüssel stattfand, teil. Das Thema der Konferenz war „Beyond the Stereotypes – Integrating Gender Perspective into Projecting Stability“. Ziel der Konferenz war es, sich mit anderen Delegierten aus ausgewählten Mitglieds- und Partnerländern der NATO über die Rolle des Themas Gender in den Operationen der Allianz auszutauschen sowie untereinander von den nationalen Bemühungen zu lernen. Die Implementierung von Resolution 1325, die bereits im Jahr 2000 eine stärkere Einbindung von Frauen in die Sicherheitsbemühungen der VN forderte, war ebenfalls ein Hauptthema der Veranstaltung.

- Das jährliche Treffen des „Civil Society Advisory Panel (CSAP) on Women, Peace and Security“ fand von 1. bis 3. Oktober in Brüssel statt. Am 3. Oktober kam es zum Austausch zwischen dem CSAP, NATO-Alliierten und Partnernationen, bei dem auch Österreich vertreten war.
- Seit August 2012 gibt es eine Sonderbeauftragte des NATO-Generalsekretärs für Frauen, Frieden, Sicherheit. Von April bis Dezember hatte diesen Posten interimistisch die Britin Jacqueline Dow, Executive Officer in Political Affairs and Security Policy Division (PASP), inne. Im Rahmen eines Treffens der Westeuropäischen NATO-Partnerstaaten (Österreich, Schweiz, Finnland, Irland und Schweden) kam es im September zu einem gemeinsamen Mittagessen, bei dem über die aktuelle und zukünftige Ausrichtung sowie inhaltliche Schwerpunkte debattiert wurde. Mit Anfang 2018 hält die Funktion die Kanadierin Clare Hutchinson inne.
- Des Weiteren leistet Österreich mit der Bereitstellung eines Voluntary National Contribution (VNC)-Mitarbeiters (seit Februar Ministerialrat Oberst Dominik Horn (BMLVS), der direkt der Sonderbeauftragten unterstellt ist, einen sichtbaren Beitrag zum Büro für Frauen, Frieden, Sicherheit.
- In den Jahren 2011 bis 2013 wurden seitens des BMLVS GENAD (vormals Gender Field Advisors) als Beraterinnen des Kommandanten der Friedensmission KFOR entsendet. Im Jahre 2014 erfolgte die Übernahme dieser Aufgabe durch Schweden. Mit Anfang 2015 wurde der GENAD erneut durch das BMLVS entsandt. Von Jänner 2016 bis November 2016 wurde diese Aufgabe wieder durch Schweden übernommen. 2017 wurde diese Funktion erneut durch das BMLVS besetzt. Für die Friedensmission Kosovo wird durch diesen österreichischen Beitrag ein formaler Kontakt zu lokalen Frauenorganisationen im Kosovo ermöglicht. Des Weiteren wird durch die Etablierung dieser Funktion eine Berücksichtigung von geschlechterspezifischen Anliegen – insbesondere jener von Frauen – in der Region gewährleistet.
- Österreich konnte im Rahmen seiner Tätigkeit als Ko-Vorsitz einer informellen Arbeitsgruppe (im NATO-Jargon „Tiger Team“) zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten (PoC) im Berichtszeitraum im Operationenplanungskomitee (in ISAF, KFOR, RSM-Format) die Erstellung einer NATO „Policy for the Protection of Civilians“ erreichen. Diese NATO PoC Policy wurde offiziell am NATO-Gipfel in Warschau am 8. und 9. Juli 2016 angenommen und der Öffentlichkeit präsentiert. In weiterer Folge brachte sich Österreich im Berichtszeitraum aktiv in die Erarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung der NATO PoC Policy ein, welcher im Februar 2017 finalisiert wurde und seit September der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Die NATO PoC Policy stellt dabei auch die Verbindung mit bestehenden Konzepten zu Frauen, Frieden, Sicherheit, Kindern in bewaffneten Konflikten und konfliktbezogener sexueller Gewalt her.

- Im Berichtszeitraum übermittelte Österreich auf Anfrage des "NATO Committee on Gender Perspectives" (NCGP) einen Bericht zur Umsetzung von Resolution 1325 innerhalb der nationalen Streitkräfte. Dieser nationale Bericht wurde in der Zusammenfassung der nationalen Berichte von NATO Mitglieds- und Partnerstaaten zum NCGP veröffentlicht. Diese Zusammenfassung soll vor allem bestehende Unterschiede für Frauen und Männer in den Streitkräften der NATO Mitglieds- und Partnerstaaten und Handlungsmöglichkeiten, um diese zu beseitigen, aufzeigen.
- Auch der Bereich Kinder und bewaffnete Konflikte (Children and Armed Conflict, CAAC) wird im NATO-Kontext im Rahmen des Büros für Frauen, Frieden, Sicherheit abgedeckt. Österreich beteiligte sich im Berichtszeitraum aktiv an den Treffen der „Friends of CAAC“-Gruppe, nahm an entsprechenden Sitzungen des Operations Policy Committee (OPC) teil und engagierte sich bei Zusammentreffen mit dem NATO CAAC-Advisor aus Afghanistan, Swen Dornig.

2.6. Bilaterale Kontakte

BMEIA

- Im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte mit Staaten in Konflikt- und Postkonfliktsituationen setzten sich hochrangige österreichische Vertreterinnen und Vertreter regelmäßig für die Umsetzung von Resolution 1325, einschließlich der Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, ein.
- Die österreichischen Botschaften und Vertretungen setzten im Berichtszeitraum diverse Aktivitäten, einschließlich Treffen mit der Zivilgesellschaft und mit Frauenorganisationen, zur Förderung der Ziele von Resolution 1325. Eine beispielhafte Liste derartiger Aktivitäten liegt diesem Bericht als Anhang 2 bei.
- Aufgrund der Entwicklungen in bestimmten Regionen – wie z.B. der Flüchtlingskrise und der sich verschlechternden Sicherheitslage in der Nahost-Region – erwies es sich für die betroffenen österreichischen Botschaften zum Teil deutlich schwieriger als in den vorhergehenden Jahren, mit frauenspezifischen Fragen und Gesichtspunkten sowie entsprechenden Botschaften im öffentlichen Diskurs des Empfangsstaates durchzudringen.

BMLVS

- Seitens des BMLVS wird im Rahmen von militärdiplomatischen Konsultationen regelmäßig auch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Dienstes von Frauen und Männern in den Streitkräften thematisiert. Dabei werden auch die Umsetzung von Resolution 1325 und diesbezüglich erforderliche Umsetzungsaktivitäten mit bilateralen Partnerinnen und Partnern angesprochen.

ADA

- Österreich setzte sich sowohl im Rahmen von bilateralen Kontakten als auch in relevanten internationalen Foren (z.B. Universal Periodic Review (UPR) des VN-Menschenrechtsrates) fortlaufend für die universelle Ratifizierung von relevanten

völkerrechtlichen Übereinkommen (z.B. CEDAW, Kinderrechtskonvention, Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes) ein.

- Im bilateralen Politik-Dialog konzentrierte sich das Engagement zur Umsetzung des österreichischen NAP zur Umsetzung von Resolution 1325 in Äthiopien vor allem auf den Politik-Dialog mit unterschiedlichen Stellen:
 - In Zusammenarbeit mit der Geberplattform wurden Empfehlungen zur gender-sensitiven Umsetzung von humanitärer Hilfe und Resilienz im Kontext von Klimaschocks wie El Niño erarbeitet, da nachweislich ein erhöhtes Konfliktpotential besteht. Diese wurden von Mary Robinson, Special Envoy on El Niño and Climate, bei ihrem Besuch in Addis Abeba aufgenommen und in den Dialog mit der Regierung Äthiopiens eingebracht.
 - Inter-governmental Authority on Development (IGAD): Im Partnerdialog mit IGAD wird die notwendige Debatte zur Feminisierung von Frieden und Sicherheit von Aktivitäten in die Budgetdebatten eingebracht.
 - Institute for Peace and Security Studies (IPPS): Die Stärkung der Rolle von Frauen in Frieden und Sicherheitspolitik in akademischer Ausbildung wurde weiterverfolgt.

3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

BMEIA

- Die Budgetlinie des BMEIA zur Unterstützung von UN Women wurde im Beobachtungszeitraum – ebenso wie in den Vorjahren – neben der Leistung eines finanziellen Beitrags zum Kernbudget von UN Women zur Gänze für die Finanzierung von Beiträgen und Projekten zur Förderung der Umsetzung von Resolution 1325 sowie zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt an Frauen verwendet. Im Detail sind für den Berichtszeitraum folgende Beiträge aus dieser Budgetlinie anzuführen:
 - Finanzieller Beitrag zum Kernbudget von UN Women in der Höhe von EUR 250.000.
 - Finanzieller Beitrag zu dem von UN Women verwalteten UN Trust Fund to End Violence against Women in der Höhe von EUR 50.000.

ADA

- Generell unterstützt die ADA eine Vielzahl an Initiativen, die durch systematisches Gender-Mainstreaming sowie durch gezielte Maßnahmen zur Selbstermächtigung von Frauen auf struktureller und individueller Ebene als Präventionsmaßnahmen in den Partnerländern zu bewerten sind. Es liegen noch keine offiziellen Zahlen der Projekte und Programme, die mit OECD-Gendermarker 1 oder 2 bewertet wurden, vor. Darüber hinaus hat die ADA eine Genderleitlinie verabschiedet, die zur Umsetzung des NAP 1325 beitragen soll.

Diese beinhaltet Indikatoren für den Anteil an Maßnahmen für Friedens- und Sicherheitsinitiativen mit speziellem Fokus auf Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen und Mädchen.

- Darüber hinaus sind folgende Projekte und Programme spezifisch dem Bereich „Frauen, Frieden, Sicherheit“ zuordenbar:
 - Finanzierung des Rahmenprogramms CARE Österreich „Lernen für Wandel – Starke Frauenstimmen in Ostafrika“: Ziel ist die Förderung und Durchsetzung der Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen im Haushalt, in der Gemeinde sowie auf lokaler und nationaler Ebene. Das Programm stärkt auf institutioneller Ebene 40 NGOs und „Grassroots-Organisationen“ und befähigt diese, die Gleichstellung von Männern und Frauen in ihren eigenen Programmen zur Armutsbekämpfung erfolgreich zu verankern und zu fördern. Dadurch soll die Änderung von sozialen Normen, auch unter Einbeziehung von Männern und Buben, sowie die Stärkung von Frauen in gesellschaftlichen Funktionen und auf individueller Ebene erreicht werden. Für den Zeitraum von 2016-2018 erfolgt dafür eine Unterstützung in der Höhe von EUR 2.500.000.
 - Das CARE Projekt „Mein Recht auf meine Zukunft“ - Frauen für den Frieden“ zielt darauf ab, eine starke und politisch aktive Gesellschaft aufzubauen, in der sich Frauen und Männer gleichermaßen für einen gerechten und langanhaltenden Frieden einsetzen. Zielsetzungen sind dabei: 1) Unterstützung für Frauen, aktiv in politischen Parteien teilzunehmen und friedliche Formen der Konfliktlösung zu fördern; 2) Förderung der politischen Teilnahme durch ausgewählte Medien; 3) Stärkung des politischen Bewusstseins und des Selbstvertrauens von jungen Aktivistinnen und Aktivisten, vor allem von jungen Frauen aus 20 vom Konflikt betroffenen Gemeinden. Für den Zeitraum 2015-2018 erfolgt dafür eine Unterstützung in der Höhe von EUR 93.700.
 - Im Rahmen des Projekts „Promoting accountability for quality service delivery and the protection of rights of women and girls in Northern Uganda“ mit der lokalen Organisation UWONET geht es um Sensibilisierung von Gemeinden in Norduganda im Hinblick auf rechtlichen Zugang und Kapazitätenentwicklung zur Verbesserung der lokalen Dienstleistungen mit Fokus auf die Sektoren Justiz, Wasser, Bildung sowie Gesundheit zum Schutz der Rechte insbesondere von Frauen durch die Ausbildung von Frauen-Netzwerken und Jugendlichen, die Involvierung von Medien sowie die Ausbildung von Gemeinde-Bediensteten insbesondere im Justizbereich. Für den Zeitraum 2014-2017 erfolgt dabei eine Unterstützung in der Höhe von EUR 348.548.
 - Mit der Ko-Finanzierung des UN WOMEN Programmes „African Women changing the narrative“ wird der Beitrag der afrikanischen Frauen in relevanten Bereichen von Entwicklung und Frieden durch die Produktion von Dokumentationen und die Durchführung von Events sowie einer Kommunikationsplattform zur Verbreitung von „Good Practices“ in

afrikanischen Ländern, aber auch außerhalb des Kontinents aufgezeigt. Durch Erfolge, die durch Führerschaft und Beteiligung von Frauen erzielt werden konnten, aber auch durch gezielte Partnerschaften mit dem Privatsektor wird aufgezeigt, dass die politische Teilhabe von Frauen und ihre Selbstermächtigung auch den Gemeinden, den Ländern und dem ganzen Kontinent zu Gute kommen. Für den Zeitraum 2015-2017 erfolgt dabei eine Unterstützung in der Höhe von EUR 470.000.

- Das Projekt "Strengthening the ECOWAS (Economic Community of West African States) Conflict Prevention Framework through National Architectures for Early Warning and Early Response (WANEP II)" stand im Rahmen des Strategieplans (2015-2020) des West African Network for Peacebuilding (WANEP), dessen Aufgabe darin besteht, die Kapazität für integrierte und dezentralisierte Frühwarn- und Reaktionssysteme und in Westafrika zu stärken. Es wurden auf nationaler und regionaler Ebene in Westafrika sogenannte „Gender conflict analysis tools“ entwickelt. Des Weiteren wurde auf die Stärkung der Mediationsfähigkeiten durch Dialog zwischen weiblicher Führungskraft und staatlichen Sicherheitsinstitutionen Wert gelegt. Für den Zeitraum 2016-2018 erfolgt dabei eine Unterstützung in der Höhe von EUR 1.500.000.
- Mit dem Projekt „Further Advancing Women’s Rights in Kosovo“ wurden in Kooperation mit Kosovo Women’s Network (KWN) die Rechte und Interessen von Frauen und Mädchen in Kosovo durch Kapazitätsentwicklung von zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen und Beamtinnen und Beamten auf Gemeinde- und nationaler Ebene gefördert. Dabei wurde das Bewusstsein von Beamtinnen und Beamten und Bürgerinnen und Bürgern zu Gender-Based Violence (GBV) gestärkt und Überlebenden anwaltschaftliche Unterstützung geboten. Für den Zeitraum 2014-2017 erfolgte dabei eine Unterstützung in Höhe von EUR 472.000.

Anhang 1: Presseaussendungen (3) und Tweets (26) des BMEIA

8. März: „Bundesminister Kurz: „Wir müssen Frauenrechte weltweit stärken“ Utl.: Gleichberechtigung wesentlicher und nicht verhandelbarer Grundwert unserer Gesellschaft

6. Februar und 27. April: „Girls' Day 2017“ Utl.: Das BMEIA öffnet am Girls' Day 2017, Donnerstag, den 27. April 2017 wieder seine Pforten. Mädchen ab einem Alter von 14 Jahren sind herzlich eingeladen uns zu besuchen.

BMEIA-Tweets zu frauenspezifischen Themen mit Bezug zur Umsetzung von Resolution 1325:

1. Dezember: @AUT_OSCE retweet von MFA_Austria: The Conference on "The Gender Dimension of Internal Displacement" is taking place @MFA_Austria; The Austrian OSCE Chairmanship #osce17AUT provides a special focus on the impact of displacement on vulnerable groups, women and children

25. November: @sebastiankurz – retweet von MFA_Austria: Am int. Tag z Beseitigung der Gewalt gg #Frauen: #IstanbulConvention d. #Europarat starkes Instrument z Bekämpfung v #GewaltGegenFrauen & #HäuslicheGewalt. Österreich hat durch Basisevaluierung z Umsetzung Standards gesetzt. Begrüßen auch d diesjährige Unterzeichnung durch d #EU!

24. November: @linhartBMEIA retweet von MFA_Austria: Eröffnung des OSZE Expertenmeetings zu #genderequality; Ö Engagement für Bewusstsein auch während unseres OSZE-Vorsitzes @AUT_OSCE; Stärkung der Sensibilität unter Männern & Jungen für Gleichberechtigung & Gewaltprävention notwendig #MenEngage; Danke an alle im OSZE-Team

11. Oktober: Heute ist internationaler #Weltmädchentag. Engagement für Mädchen weltweit ist wichtiger Beitrag für uns alle.

13. Juni: EU unterzeichnet heute #Istanbulkonvention gegen#GewaltGegenFrauen, wichtiger Schritt f #Frauenrechte @Europarat_DE <http://bit.ly/2rRzPRo>

12 Juni: @AUT_OSCE retweet von MFA_Austria: Video message by Prime Minister of #Canada @JustinTrudeau on #genderequality #OSCEgender17

12. Juni: @AUT_OSCE retweet von MFA_Austria: #LIVESTREAM of the opening of the #OSCEgender17 conference on #genderequality in #Vienna <http://www.osce.org/live>

12. Juni: #OSCEgender #Bekker: Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Voraussetzung für die Schaffung und Erhaltung von Frieden und Stabilität

12. Juni: #OSCEgender @osce_odihr müssen Gleichstellung der Geschlechter über pol. Grenzen, religiöse Grenzen, über alle Grenzen hinweg unterstützen

12. Juni: OSZE spielt wichtige Rolle zur Wahrung der Menschenrechte und der Sicherheit von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen #OSCEgender (https://twitter.com/MFA_Austria/status/874189967156793345)

12. Juni: #OSCEgender #Karmasin: Die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter ist ein Merkmal einer modernen Wohlfahrtsgesellschaft

12. Juni: Thema bei #OSCEgender17 ist der 2004 beschlossene OSZE-Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter <https://www.bmeia.gv.at/index.php?id=82363>

09. Juni: AUT_OSCE retweet von MFA_Austria: Presseeinladung zur @OSCE 2nd Gender Equality Review Conference in der Hofburg #osceGender17 #osce17AUT <http://www.osce.org/secretariat/322036>

30. Mai: BM @sebastiankurz trifft #LadiesInLeadership. Ziel der Initiative: Frauen f Arbeit in OSZE&BMEIA motivieren & High-Potentials fördern #mfa4u

30. Mai: 28 junge, talentierte Frauen stellen Leading Ladies des BMEIA & der OSZE persönliche Fragen beim #LadiesInLeadership "Speed-Dating". #mfa4u (https://twitter.com/MFA_Austria/status/869479017384161280)

26. April: @sebastiankurz: Gleichstellung v Frauen bei Karrierechancen ist wesentlich- auch im @mfa_Austria. Haben schon einiges geschafft, braucht aber noch mehr.1/2 (<https://twitter.com/sebastiankurz/status/857285248161370112>)

26. April: @mfa_austria: Schwerpunkt des 14. Integrationsbeirats: #Frauen und #Integration #integrationBMEIA #Integrationsbeirat u.a. mit @SeyranAtes 2/2 (https://twitter.com/MFA_Austria/status/857185802295619584)

15. März: Heute Abend startet das @trickywomenvie - Festival für Animationsfilme von Frauen. Das gesamte Programm gibt's hier: <https://www.trickywomen.at/de/festival/2017> (https://twitter.com/MFA_Austria/status/841976606969200640)

11. März: #BMEIA und ADA @entwicklungat #CSW59 Event mit @OECD zu #SIGI - Soziale Normen und #Gender (https://twitter.com/MFA_Austria/status/575715279063379968)

11. März: BMEIA Side Event mit ORF GD #Wrabetz bei #CSW59: Engaging Men & Boys in Achieving Gender Equality (https://twitter.com/MFA_Austria/status/575669676996427776)

08 März: Freuen uns 2 junge talentierte Frauen zu Besuch zu haben! #LadiesInLeadership unsere heutige Initiative zu #Karriereförderung #Weltfrauentag (https://twitter.com/MFA_Austria/status/839396461280382976)

11. März: AUT_OSCE retweet von MFA_Austria: Celebrating International #womensday two women are spending the day @MFA_austria with the

#LadiesInLeadership programme #osce17AUT
(https://twitter.com/AUT_OSCE/status/839403868308008960)

22. Februar: Frauen zwischen 18 und 25 Jahren können sich jetzt für die Aktion #LadiesInLeadership bewerben; Infos unter: <https://goo.gl/adpmjX>
(https://twitter.com/MFA_Austria/status/834344681278410754)

17. Februar: Für junge Frauen gibt es am 8. März die Möglichkeit, einen Tag im #BMEIA zu verbringen; Infos zur Bewerbung <https://goo.gl/adpmjX>
(https://twitter.com/MFA_Austria/status/832550194910752770)

3. Februar: Georgien ist Schwerpunktland für @AustrianDev mit Fokus auf Hilfe für die Menschen vor Ort und Stärkung v Frauen in Konflikten
(https://twitter.com/MFA_Austria/status/827460008707235841)

Medien-Aktivitäten unter österreichischem OSZE-Vorsitz 2017 (56 Tweets, 3 Pressemitteilungen)

1.) OSCE Side Event on the Role of the Media in Implementing UNSCR 1325, 3. November

Tweets (10)

#SHDM side-event on "The Role of the Media in Implementing #UNSCR1325" organised by #osce17AUT #@OSCE_RFoM #OSCE Gender Section

The side-event explores the positive role media can play in enhancing #UNSCR1325 implementation & provides practical examples from #OSCE area

Side Event illustrates that media can be a positive force in transforming gender stereotypes and promoting women's empowerment and #UNSCR1325

Austria has been a long-standing and early supporter of the objectives laid out in #UNSCR1325 and promotes its implementation

Topic is high on the #osce17AUT agenda as the #OSCE can play a critical role in implementing the women, peace and security agenda

In media coverage of conflicts women are more often portrayed as the victims - victims of rape, of violence, and of displacement 1/2

Meanwhile stories of women as mediators, peacekeepers, peacebuilders, decision-makers and active agents of change remain largely absent 2/2

Media should report more on diverse roles of women across the conflict cycle, incl. their roles in prevention/management/resolution of conflict

Media should reach out to female experts and include the views of women in their reporting #UNSCR1325

Multilateral organizations can contribute to raise awareness among media practitioners on the objectives of #UNSCR1325 through training

2.) Country Visit of Amb. Verveer to Ukraine, OSCE Special Representative on Gender Issues

Tweets (1)

Special Rep. Amb. @MelanneVerveer in Ukraine to discuss with government officials, NGOs and @OSCE_SMM progress on the Women, Peace and Security agenda.

Presseaussendung (1)

When women make progress, all of society makes progress, says Chairperson-in-Office Special Representative on Gender Issues during visit to Ukraine

The OSCE Special Representative of the Chairperson-in-Office on Gender Issues, Ambassador Melanne Verveer, concluded a visit to Ukraine on 17 June 2017. The visit was organized by the Austrian OSCE Chairmanship, the Office of the Project Co-ordinator in Ukraine and the Special Monitoring Mission to Ukraine.

Verveer held a range of meetings in Kyiv as well as in the eastern city of Kharkiv, focusing on progress in the sphere of gender equality and implementation of United Nations Security Council Resolution 1325 on women, peace and security. She highlighted the importance of gender equality and women's active contributions to peace and security in the OSCE area and underlined the fact that "when women make progress, all of society makes progress."

Verveer met with Ukrainian ministers, representatives of the OSCE Special Monitoring Mission, including Chief Monitor Ertugrul Apakan, OSCE Project Co-ordinator in Ukraine Vaidotas Verba, and civil society representatives.

The gender-specific impact of the conflict on the civilian population was an important topic of discussion, as were the implementation of Ukraine's National Action Plan on UNSCR 1325 on women, peace and security and the outlook for a possible ratification by Ukraine of the Council of Europe's Istanbul Convention on countering violence against women.

The Vice Prime Minister of Ukraine for European and Euro-Atlantic Integration, Ivanna Klymush-Tsintsadze, informed the Special Representative about the recent creation of the position of Commissioner for Gender Equality Policy to enhance the government's effectiveness in ensuring equal rights and opportunities for women and men.

Deputy Minister of Internal Affairs, Anastasia Deeva, reported on a pilot project being implemented with police units in several regions of Ukraine on preventing and responding to gender-based violence. The OSCE Project Co-ordinator Office in Ukraine has conducted training courses in support of this initiative.

Verveer also met with Deputy Foreign Minister Sergiy Kyslytsia, who was recently named "HeforShe" champion by UN Women, and with two members of the parliamentary Equal Opportunities Caucus, Iryna Gerashchenko and Maria Ionova. The impact of the crisis in and around Ukraine on the civilian population, in particular on women, was at the centre of Verveer's discussions with civil society representatives in both Kyiv and Kharkiv. Rural and elderly women were identified as particularly vulnerable groups facing hardship in the conflict area. The majority of internally displaced persons are female.

At the same time, women in communities and civil society are playing a leading role in alleviating these hardships.

"Women here have shown that they are true bridge builders. Women's organizations are for instance working hard to support internally displaced people and to build the capacity of future female political leaders both at the national and regional level," Verveer concluded.

3.) Zweite OSCE Gender Equality Review Conference, 12-13. Juni

Tweets (43)

Starting today @OSCE conference on implementing its 2004 Action Plan for the promotion of #genderequality <https://www.bmeia.gv.at/en/european-foreign-policy/security-policy/the-austrian-chairmanship-in-2017/news/2017/second-osce-gender-equality-review-conference/>

At #OSCEgender17 about 300 representatives of OSCEpS, executive structures, civil society organizations and academia discuss #genderequality

#OSCEgender17 conference to identify a new way forward to achieve societies in which women and men are fully equal in all spheres of life

The 2004 #OSCE Action Plan for the Promotion of Gender Equality is the main topic of the #OSCEgender17 conference: www.osce.org/pc/14713

#LIVESTREAM of the opening of the #OSCEgender17 conference on #genderequality in #Vienna

#Karmasin: Women's rights affect all areas of life, be they politico-military, economic, environmental or human rights related

#Karmasin: #genderequality is not just a women's issue; men must be engaged if we want to achieve truly equal societies #OSCEgender17

Women play a major role in the conflict cycle; their contribution is essential for successful peace processes #Karmasin #OSCEgender17

Providing equal opportunities in the economic sphere leads to economic prosperity & growth, stability & security #Karmasin #OSCEgender17

Equal access to political & public life is a crucial pillar for secure, stable, democratic systems in OSCE region #Karmasin #OSCEgender17

We also need to look at challenges like radicalization, violent extremism, migration, cybercrime through a gender-specific lens #Karmasin

Women make up half the world's population; still they are marginalized&excluded from exercising the same rights as men #Karmasin #OSCEgender17

The realization of #genderequality is a characteristic of a modern welfare society; I fight for this kind of peaceful & just world #Karmasin

Gardapkhadze @osce_odihr We must support #genderequality across the OSCE pS, across political lines, religious lines,any lines #OSCEgender17

K. Gardapkhadze @osce_odihr Women's rights are crucial to human rights, democracy, stability & prosperity in the OSCE region #OSCEgender17

Gardapkhadze @osce_odihr We must not allow women's rights to be compromised #genderequality @osce_odihr #OSCEgender17

Bekker @OSCE Slow progress in achieving the goals of the 2004 Action Plan for the Promotion of Gender Equality #OSCEgender17 1/2#

Women's representation in senior management improved from 15% in 2004 to 27% in 2016; but we are still miles away from reaching parity 2/2

The @OSCE MenEngage network plays an important role in mobilising men to take an active stance in support of #genderequality #OSCEgender17

@OSCE Bekker Progress has been made but we need to identify creative solutions to address the remaining gaps and challenges #OSCEgender17

Amb Bekker @OSCE Gender equality is a prerequisite for achieving and maintaining peace and stability in the OSCE region #OSCEgender17

Video message by Prime Minister of #Canada @JustinTrudeau on #genderequality #OSCEgender17

Video message by @UN_Women Lakshmi Puri on #genderequality #OSCEgender17 #OSCEgender17 opening discussion w @pirkko_pirkko @UN #Marinaki @EEASgenderR1325 #Lakhova @HedyFry and #Meinzolt moderated by @BethanyBellBB

At the market place OSCE field operations and Institutions show what they do to promote #genderequality in the @OSCE area #OSCEgender17

Session I:

Only 10% of women are currently represented in the Armed Forces #genderequality #OSCEgender17 ▪ Sharepic Armed Forces

#OSCEgender17 SessionI: Focus on women's participation in the security sector and how to increase their participation in the security sector

Session II:

Participation of women in executive structures and politics is prerequisite to maintain peace, security and prosperity #OSCEgender17 ▪ Sharepic Parliament

#OSCEgender17 Session II is exploring the participation of women through political parties, in elections, local politics, and in parliaments

Session III:

Only in 2187 the global gender pay gap may be closed; Concrete action is needed to achieve #genderequality in all areas rapidly #OSCEgender17 ▪ Sharepic Pay Gap

#OSCEgender17 SessionIII with focus on women's economic empowerment, also in the context of climate change & sustainable development

Session IV:

Though there is progress in adopting laws on tackling gender-based violence there is still plenty room for improvement #OSCEgender17 ▪ Sharepic Violence and Law.

#OSCEgender17 discussions in Session IV focus on combating gender-based violence and measures that need to be taken at the national level

Session V

Day two of #OSCEgender17 in #Vienna kicks off with a discussion on strengthening institutional mechanisms for gender mainstreaming

This session serves to identify new and innovative practices in international organizations as well as the private sector for institutionalizing gender mainstreaming. There will also be the opportunity to share challenges and lessons learned on gender mainstreaming in the OSCE executive structures.

Session VI

Last session of the day at #OSCEgender17 is about emerging issues and ways forward to implement the 2004 OSCE Gender Action Plan

This session provides an opportunity to discuss emerging issues that affect the implementation of the 2004 Gender Action Plan and future challenges that need to be taken into account that may hamper progress, including the global agenda on gender equality (SDGs) and funding issues.

Closing

Amb @MelanneVerveer and Amb @AlleAzzoni highlight the potential next steps for the implementation of the 2004 Gender Action Plan. The closing session will entail an overview of preliminary conclusions and recommendations following the discussions of the Conference. Speakers and participants are requested to highlight potential next steps for the implementation of the 2004 Gender Action Plan.

Thema bei #OSCEgender17 ist der 2004 beschlossene OSZE-Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter
<https://www.bmeia.gv.at/index.php?id=82363>

#OSCEgender17 #Karmasin: Die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter ist ein Merkmal einer modernen Wohlfahrtsgesellschaft

OSZE spielt wichtige Rolle zur Wahrung der Menschenrechte und der Sicherheit von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen #OSCEgender17

#OSCEgender17 @osce_odihr müssen Gleichstellung der Geschlechter über pol. Grenzen, religiöse Grenzen, über alle Grenzen hinweg unterstützen

#OSCEgender17 Es ist entscheidend dass getroffene Zusagen gestärkt und auf nationaler Ebene in konkreten Handlungen umgesetzt werden #osce

#OSCEgender17 #Bekker: Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Voraussetzung für die Schaffung und Erhaltung von Frieden und Stabilität

Presseaussendung (1)

2nd OSCE Gender Equality Review Conference

The Gender Equality Review Conference is designed to serve as a platform where representatives of the OSCE participating States, executive structures, civil society organizations and academia can identify progress achieved in the implementation of the 2004 OSCE Action Plan for the Promotion of Gender Equality. Sharing good practices, discussing challenges and gaps, as well as action required to promote gender equality in the short- and medium-term are all part of the debate.

The conference will be opened by a high-level panel session and followed by thematic working sessions on each of the three security dimensions as well as on institutional mechanisms and on emerging issues. The conference will provide an important opportunity to review the implementation of the OSCE gender equality-related commitments and to identify recommendations.

As the largest regional security organization in the world, the OSCE has an important role to play in addressing the issue of a comprehensive approach to human rights and security of women and men, girls and boys. Although there has been progress globally and in the OSCE region on advancing towards gender equality, it has been slow and uneven. It is important to build momentum, strengthen political commitments and ensure that these are translated into concrete action at the national level. The 2004 Ministerial Council Decision for an OSCE Action Plan for the Promotion of Gender Equality (MC.DEC/14/04) is the key OSCE document on gender equality. Since then, several Ministerial Council decisions on gender issues have been adopted, including on women in conflict prevention, crisis management, and post-conflict rehabilitation (MC.DEC/14/05); on preventing and combating violence against women (MC.DEC/15/05 and MC.DEC/7/14); on women's participation in political and public life (MC.DEC/7/09); and on promoting equal opportunity for women in the economic sphere (MC/DEC/10/11). In addition, several key Ministerial Council Decisions include a reference to the importance of gender mainstreaming and the inclusion of women in laws and policies.

4.) OSCE High-level Retreat on Effective Peace Processes and Inclusion of Women, 25-26. April, Baden

Tweets (4)

Today's #OSCE meeting in Baden focused on the link between effective peace processes and the inclusion of women #osce17AUT

Amb Ursula Plassnik stressed in her opening remarks that women change peace talks by raising the issues society needs for the future #osce17AUT

@KojaClemens "Participation of women in the prevention, management, and resolution of conflict is key for sustainable peace and security"

#osce17AUT will continue its efforts to implement UNSCR 1325, with focus on increasing women's participation across the conflict cycle

Presseaussendung (1)

OSCE Meeting in Baden, Austria, explores how to better utilize the nexus between effective peace processes and the inclusion of women.

The link between effective peace processes and the inclusion of women was the focus of a meeting organized by the OSCE Chairmanship and the OSCE Secretariat on 25 and 26 April 2017 in Baden, Austria.

The meeting brought together around 20 participants: senior representatives from the OSCE Chairmanship, field operations, Institutions and the Secretariat as well as from the OSCE Group of Friends of Mediation, to exchange experiences on how to strengthen the role of women in the prevention and resolution of conflicts, women's inclusion in mediation processes, and in peacebuilding.

They also explored the challenges in implementing the UN Security Council Resolution 1325 on Women, Peace and Security and the [OSCE Ministerial Council Decision on "Elements of the Conflict Cycle" \(2011\)](#), which underscore the importance of women's full participation and increased representation in conflict resolution and peace processes.

In his opening remarks, Ambassador Clemens Koja, Chairperson of the OSCE Permanent Council, stated "We are strongly convinced that sustainable peace and security can only be achieved when women are fully involved as active participants at all stages of the prevention, management and resolution of conflict."

"It is not enough to increase the numbers of women in peace processes –women's participation must be genuine and meaningful" Amb. Paul Bekkers, Director of the Office of the Secretary General.

During the discussion participants shared evidence-based insights on the link between the effectiveness of peace processes and the inclusion of women. The meeting concluded with a review of the findings and the identification of ways forward.

Anhang 2: Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden zur Förderung der Ziele von Resolution 1325 – exemplarische Liste

Beteiligung an der VN-Kampagne „Orange the World: End Violence against Women and Girls“

Um Solidarität mit Opfern von geschlechtsspezifischer Gewalt zu demonstrieren, wurde auch im Jahr 2017 die Kampagne „Orange the World: End Violence against Women and Girls“ von UN Women unter dem Banner der Kampagne des VN-GS UNiTE to End Violence against Women bis 2030, fortgesetzt. Ausgehend vom 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen bis zum 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, wurde eine Reihe von öffentlichen Events – beispielsweise die orange Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden, Social Media-Aktivitäten, Märsche, Ausstellungen und das Tragen von orangenen Kleidungsstücken – organisiert. Auch das österreichische Nationalkomitee UN Women schloss sich der Initiative an. Innerhalb Österreichs wurden beispielsweise das Wiener Burgtheater und der Grazer Uhrturm orange angestrahlt.

So strahlte die Österreichische Botschaft (ÖB) Brasilia ihr Amtsgebäude in orange an und organisierte ein hochrangig besetztes Seminar zum Thema Gewalt gegen Frauen, bei dem über „best practices“ in Brasilien und Europa diskutiert wurde. Österreich wurde dabei seitens der europäischen Teilnehmer als vorbildhaft hervorgehoben.

Die ÖB Bukarest trug mit Facebook-Aktivitäten und Texten gegen Gewalt an Frauen dazu bei.

Die ÖB Canberra, die ÖB Islamabad, die ÖB Paris und die ÖB Skopje beleuchteten über den Zeitraum das Amtsgebäude in orange.

Die ÖB Podgorica lud 12 Vertreterinnen der Zivilgesellschaft und des Diplomatischen Corps zu einem Abendessen in die Residenz, um über das Thema Gewalt gegen Frauen und Resolution 1325 zu diskutieren.

ÖB Prag: Der österreichische Botschafter lud am 21. November die „Czech Women’s Lobby“ sowie interessierte Botschafterinnen und Botschafter (Finnland, Norwegen, Schweden) zu einem gemeinsamen Foto-Shooting in die Residenz ein, um die „16 Days of Activism against gender based violence“ zu unterstützen.

Botschaftsaktivitäten im Besonderen:

ÖB Athen

- Die ÖB nahm an der Neugründung der Griechischen Sektion der „European Union of Women“ teil. Im Vorfeld des Internationalen Frauentages organisierte die European Union of Women (EUW) - Griechischen Sektion am 3. März in Athen eine Veranstaltung zum Thema „women @ work“, die von der Präsidentin der Griechischen Sektion, Frau Aphrodite Bletas organisiert wurde und bei der die Abgeordnete des Europäischen Parlaments (EP) und frühere Vizepräsidentin der

Europäischen Kommission, Viviane Reding, eine Grundsatzrede hielt. Abschließend wurde die frühere Internationale Präsidentin der EUW, Fanni Palli-Petralia, von der EUW geehrt. Die österreichische Botschafterin nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil.

- Die ÖB beteiligte sich an der finanziellen Unterstützung des Kulturprojektes der österreichischen Fotokünstlerin Mafalda Rakos mit Arbeiten aus dem Zyklus „I want to disappear – Approaching Eating Disorders“ im Rahmen des Athener Fotofestivals. Das vom „Hellenic Centre for Photography“ organisierte Athens Photo Festival fand dieses Jahr vom 9. Juni bis 30. Juli im Benaki Museum auf der Pireas Straße in Athen statt. Es ist eines der führenden internationalen Festivals für Fotografie in Südosteuropa mit einem vielfältigen Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm. Aufgrund der zeitgleich stattfindenden documenta14, die einen Standort ebenfalls im Benaki Museum auf der Pireas Straße in Athen hatte, wurde die Ausstellung von einer besonders großen Anzahl internationaler und lokaler Kunstexpertinnen und -experten besucht.

ÖB Algier

- Gespräche der österreichischen Botschafterin mit algerischen Parlamentarierinnen über die Möglichkeit der Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungspositionen bei internationalen und regionalen Organisationen. Algerien verfügt bereits jetzt über eine gesetzlich verankerte Frauenquote von 30% im Parlament.

ÖB Bangkok

- Die Geschäftsträgerin gab beim ersten hochrangigen Dialog zwischen dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und der EU zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs), der am 17. November in Bangkok stattfand, im thematischen Segment zu „Gender Equality“ im Namen Österreichs ein unter der Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen (BMGF) vorbereitetes Statement ab, in dem österreichische Politiken zur Erreichung gleicher Bezahlung, ausgeglichener Geschlechterverteilung in hochrangigen Positionen und Gremien, die Verhütung von geschlechtsbezogener Gewalt und die Einbindung von Männern in die Kinderbetreuung als „best practice“-Beispiele vorgestellt wurden.
- Die österreichische Botschafterin traf im September die Gründerin und Geschäftsführerin der internationalen Dialog- und Kooperationsorganisation „Frauen ohne Grenzen“, Dr. Edith Schläffer, die mit dem Thema Prävention und De-Radikalisierung arbeitet, um Kooperationsmöglichkeiten in Myanmar zu besprechen.

ÖB Brasilia

- Die ÖB Brasilia unterstützte insbesondere Aktivitäten im Rahmen der EU-Kooperation sowie von UN WOMEN Brasilien.

- Nach der finanziellen Unterstützung 2014/2015 zur Erstellung eines Protokolls für ein Gesetz zu Feminizid wurde dieses 2015 auf nationaler Ebene zum Gesetz. Seither wird daran gearbeitet, auch in allen 27 brasilianischen Bundesstaaten ein Feminizid-Gesetz umzusetzen – ein umso dringlicheres Anliegen, als Brasilien zu den fünf Ländern mit der höchsten Femizid-Rate weltweit gehört.
- Im Rahmen des europäischen Jahres gegen Gewalt gegen Frauen wurde auch die Europawoche der European Union National Institutes for Culture (EUNIC) in Brasilien zu diesem Thema veranstaltet. Die ÖB nahm am europäischen Filmfestival zum Thema „Frauen“ teil, das durch 10 brasilianische Städte tourte.
- Am internationalen Frauentag begleitete die österreichische Geschäftsträgerin einen Besuch der EU-Delegation inkl. Missionschefinnen und -chefs der EU- MS in das Frauenhaus (Casa da Mulher) Brasilia, der ersten dieser Einrichtungen in Brasilia, das seit 2015 besteht.
- Im Berichtszeitraum wurden seitens der ÖB Kontakte zum Komitee für Gleichstellung des brasilianischen Außenministeriums aufgenommen. Es ist geplant, 2018 gemeinsame Seminare, u.a. zum Thema „Frauen in der Diplomatie“ unter dem Geschlechter-Gleichstellungsaspekt zu veranstalten.
- Hintergrund: Obwohl es sich bei Brasilien um kein Konfliktland handelt, hat es generell eine auffallend hohe Gewaltrate. Trotz einiger vorbildhafter legislativer Maßnahmen wie die „Lei Maria da Penha“ aus 2006 zu häuslicher Gewalt und das Gesetz zu Feminizid aus 2015 sind Frauen dabei überdurchschnittlich häufig unter den Opfern (über 40% der brasilianischen Frauen wurden in ihrem Leben Opfer von häuslicher Gewalt, 66% der Bevölkerung waren Zeuginnen und Zeugen von physischer oder verbaler Aggression gegen Frauen; 2016 wurden 200.000 neue Fälle von häuslicher und familiärer Gewalt angezeigt, 280.000 Schutzmaßnahmen wurden im selben Jahr von der Justiz beschlossen).

ÖB Brüssel

- Teilnahme der ÖB an der hochrangigen, von Belgien, Niederlande, Schweden und Dänemark initiierte Fundraising-Konferenz #SheDecides zum Recht von Frauen und Mädchen auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und Wahlfreiheit in Brüssel am 2. März.
- Teilnahme am 27. Jänner am belgischen Frauenfilmfestival „Elles tournent“ mit dem Film „Thank you for bombing“ der österreichischen Regisseurin Barbara Eder – drei Kriegskorrespondentinnen und –korrespondenten an ihrem Arbeitsplatz im Krieg vor dem Hintergrund der Verbrennung von Koran-Büchern in Afghanistan 2012. Anschließend Diskussion mit einer belgischen Kriegsberichterstatteerin.
- Tanzperformance „Sharing home“ am 14. Mai. Im Tanz wurde das Verlassen der alten und die Suche nach einer neuen Heimat und die Aufnahme in der Fremde von Frauen tänzerisch aufgearbeitet.
- Vera Hagemanns Performance mit „Briefe aus der Fremde“ am 21. Juni.

- Lesereihe: Neue Literatur aus Österreich: Marlene Streeruwitz „Reise einer jungen Anarchistin in Griechenland.“

ÖB Bukarest

- Die ÖB beteiligte sich aktiv an der Gestaltung eines im Rahmen der Konferenz „Eurosfat“ am 28. April organisierten Workshops zu „Gender equality through education“.
- Der österreichische Botschafter unterstützte auf Einladung von „The Network for Preventing and Combating Violence against Women“ durch Pressestatements und eine persönliche Botschaft die anlässlich des Internationalen Mädchentages am 11. Oktober durchgeführte Kampagne „Together for women’s safety“. Die ÖB nahm an der unter diesem Motto veranstalteten Kundgebung am 14. Oktober in Bukarest teil.
- Der Geschäftsträger der ÖB nahm an der Konferenz der Frauen der Frankophonie am 1. und 2. November in Bukarest teil. Er partizipierte an jenen Arbeitsgruppen, die sich mit einem verbesserten Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt und der Erhöhung des Frauenanteils sowohl in Führungspositionen von Unternehmen als auch in Unternehmen generell auseinandersetzten. In Beiträgen auf der Facebook-Seite der Botschaft wurde auch auf die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Selbstbefähigung von Frauen und der Schaffung eines frankophonen Unternehmerinnen-Netzwerkes hingewiesen.
- Ein Vertreter der österreichischen Botschaft nahm am Seminar „Voir, nommer, éliminer les violences contre les femmes“ der französischen Botschafterin am 11. Dezember in Bukarest teil. Im Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Nationalen Agentur für die Chancengleichheit von Frauen und Männern wurden (erneut) „best practice“-Beispiele aus Österreich betreffend die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt präsentiert.
- Die österreichische Botschaft steht im Rahmen ihrer Tätigkeiten in ständigem Kontakt mit NGOs, die in den Bereichen Frauenrechte, Menschenhandel, Minderheiten bzw. besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel Roma) tätig sind und sich aus ihren unterschiedlichen Ansatzpunkten heraus gegen Gewalt/Verbrechen an Frauen und für ihre Gleichstellung einsetzen. Ein Vertreter der österreichischen Botschaft nahm an der 4. Konferenz „Together against human trafficking“ am 25. September teil.

ÖB Canberra

- Die ÖB unterstützte folgende Süd-Nord Botschaftsprojekte mit Bezug zur effektiven Mitsprache und Mitwirkung von Frauen in sicherheits- und demokratiepolitischen Fragen:
- Vanuatu Action Aid – Workshops Kinder- und Mädchenrechte (Girl Pawa)

Action Aid ist eine 1972 gegründete gemeinnützige Einrichtung mit Hauptsitz in Johannesburg (Südafrika), die der Abschaffung von Armut und Ungerechtigkeit

gewidmet ist. Die lokale Gruppierung dieser Organisation in Vanuatu konnte – gefördert durch die Botschaft – zweitägige Workshops zur Vermittlung von Kinder- und Mädchenrechten mit Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern abhalten, welche durch den neuen Honorarkonsul (Jörg Schwartze) sowie den Missionschef, der sich anlässlich der Honorarkonsultagung in Vanuatu befand, eröffnet werden konnten.

- Blue Shield International Generalversammlung (Wien) – Förderung einer Teilnehmerin aus Tonga

Blue Shield International wird auch als das kulturelle Gegenstück zum Roten Kreuz bezeichnet und ist die Dachorganisation einer gemeinnützigen Organisation, die sich den Schutz von (materiellen und immateriellen) Kulturgütern zur Aufgabe gesetzt hat. Gefördert wurde die Teilnahme einer hochrangigen Beamtin aus dem tongaischen Tourismusministerium, die auch an den Vorbereitungen zur Gründung einer lokalen Niederlassung im Pazifik (Blue Shield Pasifika) beteiligt ist und der eine Teilnahme ansonsten unmöglich gewesen wäre.

ÖB Chisinau

- Die österreichische Botschafterin ist Mitbegründerin eines Netzwerkes von Botschafterinnen, das monatliche Treffen mit prominenten Frauen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft organisiert. Sie nimmt auch aktiv an Veranstaltungen zur Förderung von Frauen teil. So trat sie z.B. auch beim Nationalforum für Frauen am 25. November auf, das dem Ziel der Förderung von Frauen in der Wirtschaft gewidmet war.
- Die ADA finanzierte in der Republik Moldau das Projekt „Promoting Gender Responsive Policies in South East Europe“. Das Projekt läuft von 2017-2019. Es wird in mehreren Ländern durchgeführt (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Moldau) und zielt darauf ab, das Fiskalsystem und die entsprechenden Institutionen gendersensitiver zu gestalten (u.a. Erhöhung des Frauenanteils auf allen Ebenen, geschlechtergerechte Finanzierung). Weiters finanzierte die ADA das Projekt ProDem, das von Hilfswerk Österreich umgesetzt wird und Informationskampagnen für junge und Erstwählerinnen und -wähler, für Kapazitätsstärkung von Wahlberaterinnen und -beratern sowie für ein Simulationswahlprogramm umfasst. Damit wird ein Beitrag zur Verbesserung des demokratischen Prozesses durch verstärkte Beteiligung von jugendlichen Bürgerinnen und Bürgern geleistet.

ÖB Dakar

- Die Botschaft tauschte sich mit der Gender-Beraterin des United Nations Office for West Africa and the Sahel (UNOWAS)-Büros in Dakar über aktuelle Aktivitäten von UNOWAS zur Umsetzung der Resolution 1325 aus und beriet über mögliche Formen der künftigen Zusammenarbeit.

- Im Rahmen der Nord-Süd Botschaftsprojekte wurde im Senegal ein Projekt zur Bekämpfung der weiblichen Genitalverstümmelung unterstützt.
- Beim EU-Filmfestival in Freetown wurde als österreichischer Beitrag der Dokumentarfilm „Girls don't fly“ von Monika Grassl gezeigt, der die Pilotenausbildung einer Gruppe junger Frauen aus dem ländlichen Ghana an der ersten, speziell für Frauen vorgesehenen, Flugschule verfolgt. Der Film zeigt ein neues, modernes Frauenbild in Afrika - der rigide und respektlose Stil des Ausbildners aus Europa führt letztendlich zum Widerstand der selbstbewussten und zielstrebigen Frauen.

ÖB New Delhi

Amtsbereich Indien

- Auf Vorschlag der ÖB nahm die Gründerin sowie Herausgeberin des Web-Portals „YourStory.com“, Shadra Sharma, im Mai/Juni am sechsten Durchgang des „Austrian Leadership Program“ (ALPS) teil.
- Die „Start Up“-Geschäftsfrau und Direktorin von „Fresh Express“, Nina Patil, nahm - ebenfalls auf Vorschlag der ÖB - im November am achten Durchgang des ALPS teil.
- Die NGO „Sonne International“ erhielt Unterstützung beim „Sportprogramm zur Konfliktprävention und Entwicklungsförderung von benachteiligten Mädchen in Indien“.
- Die ÖB leistete Hilfestellungen in Zusammenhang mit dem (zahlreiche Frauen betreffenden) Lepra-Projekt „Little Flower“.

Amtsbereich Bhutan

- In Kooperation zwischen dem United Nations Development Programme (UNDP), ADA-Büro Thimphu und der ÖB wurden mehrere Projekte unter besonderer Berücksichtigung von „women empowerment“ auf den Gebieten des Rechtswesens („increased access to justice, legal awareness training and support services to women“) sowie der „good governance“ (zusätzliche „service shelters“ in vier Distrikten für über 5.000 Frauen) unterstützt.
- Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Stärkung der „research capacity“ des Parlamentsausschusses des bhutanischen Parlaments für Frauen, Kinder und Jugendliche unterstützt.
- Die zur Implementierung von 47 Video-Konferenz-Fazilitäten im Einzugsbereich von 47 Gemeinden in vier Distrikten eingeleiteten Maßnahmen kamen 12% der Gesamtbevölkerung zugute und waren ausdrücklich insbesondere auf eine Verbesserung der „gender equality“ und „women´s empowerment“-Bedingungen ausgerichtet.
- Die geleisteten bzw. eingeleiteten Maßnahmen zur Unterstützung des „National Plan of Action for Gender Equality“ sowie der „Gender Equality Policy“ trugen zur

Schaffung verbesserter Bedingungen weiblicher Teilnahme am politischen und öffentlichen Leben sowie erhöhter „gender sensitivity“ bei.

- Schließlich wurden auch Maßnahmen zur Institutionalisierung von „gender responsive planning and budgeting“ in drei Ministerien (Gesundheit, Land- und Forstwirtschaft sowie Erziehung) unterstützt.

Amtsbereich Bangladesch

- Die ÖB leistete Hilfestellungen für die NGO „Sonne International“ (Heim für Schülerinnen einer ethnischen Minderheit).

ÖB Den Haag

- Im März wurde von der österreichischen Botschaft das „Women in International Law“ (WILL) Network mitbegründet. Ziel des Netzwerks ist, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und die Gesellschaft für das Thema zu sensibilisieren. Es bietet den im Bereich des internationalen Rechts tätigen Frauen ein Forum, um Informationen, Erfahrungen, Ideen und Wissen zu teilen, um positive soziale Änderungen herbeizuführen. Am 8. Mai organisierte die Botschaft in diesem Rahmen eine Podiumsdiskussion zum Thema „It is possible – Women in leadership positions in the field of international law“ in der österreichischen Residenz, bei der die dzt. vier Präsidentinnen in Den Haag ansässiger internationaler Gerichtshöfe - Renate Winter (Österreich, Präsidentin des Sondergerichtshofs für Residualaufgaben für Sierra Leone), Ivana Hrdličková (Tschechien, Präsidentin des Sondergerichtshofs für Libanon), Ekaterina Trendafilova (Bulgarien, Präsidentin des Sondergerichts für Kosovo) und Silvia Fernández de Gurmendi (Argentinien, Präsidentin des Internationalen Strafgerichtshofs) - moderiert durch Kate Mackintosh (Vize-Kanzlerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien) von ihren Erfahrungen berichteten und diskutierten.
- Von 3. bis 5. Oktober nahm die Botschaft an einer Konferenz zum Thema „Changing the picture of international justice“ teil, die von der Organisation GQUAL, die sich für Geschlechtergleichstellung in internationalen Organisationen einsetzt, organisiert wurde. Am Rande der Konferenz organisierte das WIL Network gemeinsam mit GQUAL und dem Internationalen Strafgerichtshof am 3. Oktober eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Gender quotas and targets: innovative or ineffective?“.
- Die österreichische Botschafterin engagierte sich das gesamte Jahr über aktiv in der Botschafterinnengruppe, deren Mitglieder regelmäßig Veranstaltungen mit Gastrednerinnen organisieren. So veranstaltete sie am 17. Oktober in diesem Rahmen einen „Ladies Ambassadors Lunch“ mit Botschafterin Marriët Schuurman (ehem. Sonderbeauftragte des NATO-GS für Frauen, Frieden, Sicherheit, dzt. Leitern der Task Force für die niederländische VN-SR Mitgliedschaft) als Ehrengast.

- Im Rahmen des Besuchs der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung (PV) der OSZE, Christine Muttonen, im Oktober stellte die Botschaft den Kontakt zwischen OSZE-PV und Internationalem Strafgerichtshof her, der im Rahmen der Ermittlungen in Georgien, vor allem auch hinsichtlich der vom Konflikt betroffenen Frauen, an einer verstärkten Zusammenarbeit mit der OSZE interessiert ist (auch im Zusammenhang mit ADA-Frauenprojekten im Südkaukasus).
- Am 12. Dezember überreichte die österreichische Botschafterin Renate Winter das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich. Richter Winter ist derzeit Präsidentin des Sondergerichtshofs für Residualaufgaben für Sierra Leone. Die Auszeichnung wurde ihr auch wegen ihres Einsatzes für Frauen- und Kinderrechte und Gleichberechtigung zu teil.

ÖV Genf

- Österreich beteiligte sich im VN-MRR aktiv an den Verhandlungen zu diversen Frauenrechts-Resolutionen und unterstützte die Stärkung der Frauenrechte - so etwa in den Resolutionen zu Beendigung von Gewalt gegen Frauen, Beendigung der Diskriminierung von Frauen, Mandat der Sonderberichterstatteerin zu Menschenhandel sowie Kinder- und Zwangsehen in humanitären Notsituationen.
- In der von Österreich in der 36. Sitzung des VN-MRR eingebrachten Resolution zu Menschenrechten in Justiz und Strafvollzug wurde auf österreichische Initiative hin erstmals auch auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen in Haft Bezug genommen und die Mitgliedsstaaten gleichzeitig dazu aufgefordert, die effektive Partizipation von Frauen in der Gerichtsbarkeit zu fördern.
- Im Rahmen der UPR im VN-MRR spricht Österreich regelmäßig an andere Staaten Empfehlungen zu Frauenrechten, der Situation und Partizipation von Frauen aus.
- Die ÖV Genf nimmt aktiv an dem von Kanada und den Niederlanden geleiteten „Women’s Rights and Gender Issues Network“ teil, das sich u.a. um eine bessere Berücksichtigung von Frauenrechten in der Arbeit des VN-MRR bemüht.
- Der/Die Ständige Vertreterin Österreichs bei den VN in Genf gehören dem „Geneva Gender Champions Network“, einem Netzwerk aus Führungspersönlichkeiten des internationalen Genf, das sich um eine Überwindung der Gender-Barrieren bemüht, an und haben als solche konkrete „Pledges“ abgegeben, darunter die Selbst-Verpflichtung, nur an Panels teilzunehmen, denen mindestens eine Frau angehört. In Umsetzung dieses Pledges hatte der österreichische Botschafter erfolgreich bei zwei Panels auf Aufnahme einer Vortragenden/Sprecherin bestanden.
- Lilian Hofmeister und Renate Winter sind nach wie vor Mitglieder des CEDAW-Komitees (Convention on the Elimination of all forms of discrimination against women) und des CRC (Convention on the Rights of the Child)-Komitees -. Renate Winter war 2017 bereits die Vorsitzende des Kinderrechtskomitees.

ÖB Helsinki

- Im Rahmen des Frauenschwerpunktes wurde das Projekt „Ariela – Jewish Women Composers“ der österreichischen Pianistin Sigrid Hagn unterstützt. Sigrid Hagn und Janina Ibel sind mit diesem Programm am 26. Jänner im Rahmen des Holocaust Remembrance Day und am 28. Jänner im Rahmen des Limud-Festivals aufgetreten.
- Die ÖB nahm an Lesungen von Cornelia Travnicek in Helsinki und Tampere aus ihren Werken „Chucks“ und „Junge Hunde“ sowie der Filmvorführung von „Chucks“ bei den Europäischen Filmwochen in der Europäischen Kommission Helsinki im Zeitraum vom 26. bis 28. April teil.
- Am 21. Juni wurde ein Arbeitsmittagessen der Gruppe der in Helsinki akkreditierten Botschafterinnen mit Tuija Talvitie, Leiterin der „Crisis Management Initiative (Ahtisaari Stiftung)“, als Vortragenden organisiert.
- Teilnahme an den von anderen Botschafterinnen der Gruppe organisierten, regelmäßigen Treffen mit hochrangigen Repräsentantinnen finnischer Institutionen.
- Die österreichische Botschafterin war maßgeblich an der Gründung des „Finnish Chapter of the International Women’s Forum“ in Helsinki beteiligt, organisierte verschiedene Treffen oder fungierte als Gastgeberin.
- Im Rahmen ihrer Tätigkeit hält die ÖB ständigen Kontakt zu weiblichen Regierungsvertreterinnen und Parlamentarierinnen, Wirtschaftsvertreterinnen sowie Frauenorganisationen, Künstlerinnen und Journalistinnen. Zusätzlich beteiligt sie sich aktiv an den diversen Initiativen und Koordinationstreffen der lokalen EU-Delegation, des finnischen Außenministeriums und des außenpolitischen Think Tanks FIAA.

ÖB Islamabad

Amtsbereich Pakistan

- Die ÖB hält im Rahmen ihrer Tätigkeiten ständigen Kontakt zu weiblichen Regierungs- und Parlamentsmitgliedern, Wirtschaftsvertreterinnen sowie Frauenrechtsaktivistinnen, Künstlerinnen und Journalistinnen. Des Weiteren beteiligt sie sich regelmäßig an den zahlreichen Initiativen und Koordinierungstreffen der hiesigen EU-Delegation in diesem Bereich:
- 20. Jänner Besuch der Islamabad Handicraft and Women Entrepreneurs Exhibition durch die österreichische Botschafterin;
- 20. Jänner Treffen der österreichischen Botschafterin mit dem „Women Empowerment Team“ auf Einladung der Parlamentsabgeordneten und Vorsitzenden des Benazir Bhutto Income Support Programm (BISP), Marvi Memon, im Rahmen eines Ausbildungsprogramms für Frauen;

- 5. März Leitung eines Rundes Tisches durch die österreichische Botschafterin im Rahmen des Programms *Voices of Women* der EU Delegation anlässlich des Internationalen Frauentages;
- 7. März Teilnahme der österreichischen Botschafterin an der interaktiven Debatte „Women in Media“, organisiert vom UN Information Center (UNIC), anlässlich des Internationalen Frauentages;
- 7. März Teilnahme der österreichischen Botschafterin an der Veranstaltung „Participation of Women in Electoral Process“, organisiert von der Election Commission of Pakistan;
- 8. März Vortrag der österreichischen Botschafterin bei der Veranstaltung der Islamabad Chamber „Role of Women in empowering a country“;
- 11. März Teilnahme der österreichischen Botschafterin am „Girls Cricket CUP 2017“;
- 11./12. März Teilnahme der österreichischen Botschafterin am Women International Film Festival;
- 21. März Einladung der österreichischen Botschafterin zum Working Lunch „Taking Action Together“ für Botschafterinnen, Leiterinnen von VN-Büros, Parlamentarierinnen und Vertreterinnen von NGOs;
- 8. April Teilnahme der österreichischen Botschafterin am Diskussionsforum auf Einladung von Mossarat Qadeem, PAIMAN Alumni Trust (NGO promoting the sociopolitical and economic empowerment of marginalized Pakistanis);
- 12. April Teilnahme der österreichischen Botschafterin an der Dialogveranstaltung *Pakistan's struggle to redefine status of women* (Dr. Moeed Pirzada);
- 15. Mai Besuch der Shaheed Benazir Bhutto Women University in Peshawar durch die österreichische Botschafterin;
- 19. Juni Teilnahme der österreichischen Botschafterin am e-commerce Launch der Leistungsempfängerinnen des Benazir Bhutto Income Support Programm;
- 13. Juli Einführende Worte der österreichischen Botschafterin bei der Vorstellung des „Documentary on women with disabilities“;
- 14. Juli Teilnahme der österreichischen Botschafterin am National Workshop on International Education der Pakistan Girl Guides Association;
- 26. Juli Vortrag der österreichischen Botschafterin bei der Veranstaltung „Women in Leadership and Diplomacy“ an der US-Botschaft;
- 24. Oktober Mitwirkung der österreichischen Botschafterin an der Veranstaltung zu UN Day an der Fatimah Jinnah Universität in Rawalpindi (Leitung einer Diskussionsrunde mit Studentinnen);

ÖB Lima

- Die ÖB unterstützt die Teilnahme am regelmäßig stattfindenden Marsch gegen Gewalt an Frauen „Ni una menos“.
- Im Rahmen ihrer Tätigkeiten nehmen Vertreterinnen und Vertreter der Botschaft regelmäßig an Konferenzen zu genderspezifischen Themen teil, wie z.B. unter anderem zuletzt am Forum zur politischen Beteiligung von Frauen in Lateinamerika.
- Es herrscht reger Austausch zwischen dem peruanischen Ministerium für Frauen und verwundbare Bevölkerungsgruppen sowie den hiesigen Botschaften im Allgemeinen zu Themen der Prävention und Bekämpfung sexueller Gewalt an Frauen.
- Im Rahmen des Europäischen Filmfestivals in Lima startete die ÖB als diesjährige Gastgeberin des Festivals mit dem Beitrag „Maikäfer flieg“ von Mirjam Unger, einem Film über Krieg und Frieden.

ÖB Mexiko

- Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen am 25. November wurde in der mexikanischen Tageszeitung El Universal im Namen aller Botschafterinnen und Botschafter der EU-MS in Mexiko, darunter Österreich, der Artikel „Für die überlebenden Frauen... und die anderen“ veröffentlicht, welcher auf das Problem der Gewalt gegen Frauen aufmerksam macht.
- Vertreterinnen und Vertreter der ÖB Mexiko nahmen regelmäßig an Sitzungen der EU-Delegation in Mexiko teil, in welchen Fälle von Menschenrechtsverteidigerinnen und Attacken auf diese, die oft tödlich enden, besprochen wurden. Zudem fanden im Verlauf des Jahres Treffen mit Akteurinnen und Akteuren sowie Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft (darunter Peace Brigades International aus Guatemala) statt, um Problembereiche, Frauenrechte und sexuelle Gewalt gegen Frauen zu erörtern und mögliche Maßnahmen von Seiten der ÖB zu besprechen. Eine Vertreterin der ÖB reiste im Mai gemeinsam mit weiteren Vertreterinnen und Vertretern der EU nach Tijuana (Mexiko), um mit do. ansässigen Journalistinnen und Journalisten sowie der Präsidentin der Menschenrechtskommission des Bundesstaates Baja California die Lage der MR unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Frauen zu diskutieren und entsprechende Messages der EU zum Schutz der Frauen und Mädchen zu kommunizieren.
- Das KF Mexiko unterstützte die Präsentation des Projektes „Pomegranates of Kandahar“ des österreichischen Medienkünstlers Lukas Birk am 15. Juni in einem Kunst-Interventionsraum in Mexiko-Stadt, der ursprünglich den ersten Frauenschwimmclub Mexikos beherbergte: Das Kunstprojekt beschäftigt sich anhand von Portraitfotos und Gedichten mit der Ausdrucksfreiheit im vergleichsweise liberalen Pakistan der 1960er- und 70er Jahre und der späteren Einschränkung derselben, sowie mit dem Verbot der öffentlichen

Meinungsäußerung von Frauen und deren Manifestation in anonym verfassten Gedichten junger Paschtuninnen, den so genannten Landays.

ÖB Nairobi

- Die ÖB förderte das Projekt der RACIDA-Kampagne zur Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung (female genital mutilation – FGM) in der Höhe von KES 294.170 (~ EUR 2.500). Insgesamt wurden fünf Schulen (zwei primary und drei secondary schools) in den kenianischen Gemeinden in Tarbaj und Wajir besucht und Aufklärungsvorträge zum Thema FGM gehalten. Die insgesamt 20 Vorträge wurden mit Postern unterstützt („it's the responsibility of every boy to protect his sister from FGM“). Das Wissen über FGM und die gesundheitlichen Folgen soll nunmehr durch die Schülerinnen und Schüler an ihre Familien herangetragen werden. Darüber hinaus wurden 20 Imame durch Gesundheitsberater und Anti-FGM-Aktivistinnen und –Aktivisten aufgeklärt. Diskutiert wurde darüber, dass FGM in den Versen des Korans nicht vorkommt.

ÖV New York

- Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen zu den Schlussfolgerungen („agreed conclusions“) im Rahmen der 61. Sitzung der Frauenstatuskommission, die von 3. bis 24. März in New York zum Schwerpunktthema „Stärkung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung der Frau in einer Arbeitswelt im Wandel“ tagte. Österreich beteiligte sich auch an den Verhandlungen der Resolutionen zur „Vorbeugung und Beseitigung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz“ und zur „Situation palästinensischer Frauen“. Österreich unterstützte dabei auch die Abhaltung von drei Nebenveranstaltungen. Die gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen Global Network of Women Peacebuilders, dem Georgetown Institute for Women, Peace and Security, United Methodist Women sowie den Ständigen Vertretungen von Finnland, Kasachstan und der Ukraine organisierte Diskussion „Regional Women’s Dialogue Platform on UNSCR 1325 in Southern and Eastern Europe/Central Asia“ bot Aktivistinnen aus der OSZE-Region die Gelegenheit, ihre Erfahrungen mit der Umsetzung der Resolution 1325 auf lokaler Ebene zu diskutieren.
- Am 15. Mai fand im VN-SR eine offene Debatte zu Frauen, Frieden, Sicherheit mit Fokus auf das Thema „Sexuelle Gewalt als Taktik in Krieg und Terrorismus“ statt. Die Debatte befasste sich vor allem mit der Frage der Rechenschaftspflichten und Strafverfolgung, der Unterstützung von Opfern sowie der jeweiligen Situation in den 19 im Bericht gelisteten Ländern. Österreich beteiligte sich im Wege der Stellungnahme der EU sowie der Freundesgruppe zu Frauen, Frieden, Sicherheit.
- Österreich nahm auch an der Debatte des VN-SR zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten am 25. Mai teil und betonte dabei u.a. die negativen Auswirkungen von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten auf Zivilisten sowie die negativen Auswirkungen von Konflikten auf Frauen und Mädchen. Gemeinsam mit dem Netzwerk menschlicher Sicherheit rief Österreich zur Beteiligung von Frauen in

der Konfliktprävention auf und betonte die Notwendigkeit der Umsetzung der Frauen, Frieden, Sicherheit-Agenda.

- Gemeinsam mit der Ständigen Vertretung Ugandas und dem International Centre for Transitional Justice (ICTJ) veranstaltete Österreich am 9. Juni ein Filmscreening mit Panel-Debatte unter dem Titel „How to Overcome Legacies of Sexual Violence in Conflict? Lessons from Northern Uganda“. Die Veranstaltung bot die Gelegenheit, die Aufarbeitung von sexueller Gewalt in Konflikten aus einem breiteren Blickwinkel zu diskutieren.
- Österreich führte gemeinsam mit Jamaika den Vorsitz bei den von Mai bis Juli dauernden zwischenstaatlichen Verhandlungen für die Ministerdeklaration des Hochrangigen Politischen Forums (HLPF). In dessen Rahmen wurde unter anderem die Umsetzung von Ziel 5 der nachhaltigen Entwicklungsziele („Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen“) besonders überprüft. Österreich konnte als Verhandlungsführer erreichen, dass nicht nur SDG 5 in der Ministerdeklaration entsprechend umfangreich reflektiert wurde, sondern auch gender-relevante Aspekte als Querschnittsthema im Bereich nachhaltiger Entwicklung im gesamten Dokument verankert wurden.
- Im Rahmen des VN-SR unterstützte Österreich als Miteinbringer diverse Resolutionen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung, u.a. aufgrund der Fortschritte im Bereich der Rechte von Frauen. Die VN-SR Resolution 2368 (2017) verurteilt die sexuelle Gewalt durch terroristische Gruppen in Konfliktgebieten und insbesondere den Menschenhandel durch IS/ Al-Qaida und verwandte Gruppen und ruft Staaten auf, effektive Maßnahmen zu dessen Bekämpfung zu setzen. Die VN-SR Resolution 2396 (2017) ruft VN-MS explizit zur Berücksichtigung der Rechte von Familienangehörigen und insbesondere der Frauen von ausländischen terroristischen Kämpfern, die aus Konfliktgebieten etwa in Syrien heimkehren, im Rahmen von Rehabilitations- und Reintegrationsmaßnahmen auf.
- Am Rande der hochrangigen Woche der 72. VN-GV nahm Österreich am 21. September am dritten Treffen der Kontaktpunkte für Frauen, Frieden, Sicherheit (Focal Points Network on Women, Peace and Security) teil. Bei dem Treffen konnten mehr als 60 Kontaktpunkte ihre Erfahrungen in der Umsetzung der WPS Agenda diskutieren. Es wurde angekündigt, dass im Jahr 2018 Deutschland den Vorsitz des Netzwerks übernehmen wird.
- Österreich unterstützte im Zusammenhang mit der Organisationsreform der VN-Antiterrorismuseinheiten und der Schaffung eines neuen VN-Office of Counter-Terrorism ein stärkeres auch institutionelles und systemübergreifendes Augenmerk auf die Berücksichtigung von Menschenrechten und insb. der Rechte von Frauen bei der Bekämpfung des Terrorismus und des gewalttätigen Extremismus. So konnte auch erreicht werden, dass eine Mitarbeiterin von UN Women in das Antiterrorismus-Exekutivsekretariat sekundiert wurde.

- VN-GS António Guterres veröffentlichte im Oktober eine systemweite Strategie für Geschlechterparität in den VN (System-wide Strategy on Gender Parity). Darin verpflichtet sich der VN-GS zur Erreichung von Geschlechterparität auf hohen Managementposten bis 2021 bzw. im gesamten VN-System bis 2028. Österreich ist in New York Mitglied der Freundesgruppe zur Förderung von Geschlechterparität in den Vereinten Nationen und wird sich u.a. in diesem Rahmen und unter Rückgriff auf die umfassende Strategie weiter für das Ziel einer geschlechtergerechte(re)n VN-Personalpolitik auf allen Ebenen einsetzen.
- Österreich nahm an der jährlichen Debatte des VN-SR zu Frauen, Frieden, Sicherheit am 27. Oktober unter französischem Vorsitz teil. Im Zentrum der Debatte stand einmal mehr die Notwendigkeit der verbesserten Umsetzung der Agenda. Die Debatte war gut besucht und zahlreiche Staaten betonten ihre nationalen Aktivitäten in Umsetzung der acht Resolutionen von 1325 bis 2242. Österreich beteiligte sich durch eine nationale Stellungnahme sowie im Rahmen von Stellungnahmen der EU, der Freundesgruppe für Frauen, Frieden, Sicherheit sowie des Netzwerks menschlicher Sicherheit (HSN). Österreich nutzte seine nationale Stellungnahme, um auf seine Aktivitäten zu Frauen, Frieden, Sicherheit im Rahmen des OSZE-Vorsitzes hinzuweisen und die Rolle regionaler Organisationen bei der Umsetzung der Agenda zu hervorzuheben. Im Vorfeld der Debatte organisierte Österreich gemeinsam mit Partnerorganisationen und der Ständigen Vertretung von Georgien und Moldau am 26. Oktober die Veranstaltung „Women, Peace and Security in Protracted Conflicts: Women from Armenia, Azerbaijan, Georgia, Moldova and Ukraine Address Protracted and Ongoing Conflicts through the implementation of UNSCR 1325“.
- Im Rahmen der Verhandlungen über den führend von Österreich betriebenen Vertrag für ein Verbot von Nuklearwaffen setzte sich Österreich unter anderem für die Hervorhebung der besonderen Auswirkungen von Nuklearwaffen auf Frauen und Kinder, sowie die Anerkennung der Notwendigkeit voller und effektiver Teilnahme von Frauen bei der Förderung und Erreichung von nachhaltigem Frieden und Sicherheit, inkl. bei nuklearer Abrüstung, ein. Der Vertrag wurde mit 122 Stimmen, einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen und ist nun in der Ratifizierungsphase vor dem Inkrafttreten.
- Im Rahmen des 3. Komitees der 72. VN-GV setzte sich Österreich aktiv für die Stärkung der Frauenrechte in zahlreichen Resolutionen ein, insbesondere in den Resolutionen zum Follow-up zur Pekingener Erklärung und Aktionsplattform, zur Bekämpfung des Menschenhandels und zu den Lebensbedingungen von Frauen und Mädchen in ländlichen Gebieten.
- Im Rahmen des 5. Komitees der 72. VN-GV unterstützte Österreich im Rahmen der Verhandlungen zur VN-Managementreform den – schlussendlich nicht konsensfähigen – Vorschlag, Optionen für die Anwendung von Gender Budgeting im ordentlichen VN-Haushalt zu prüfen.

- Im Rahmen des 6. Komitees der 72. VN-GV setzte sich Österreich im Rahmen der Verhandlungen zur Resolution zur Rechtsstaatlichkeit aktiv für die Umsetzung der Agenda 2030 ein, insb. der Elemente der Rechtsstaatlichkeit und des gleichberechtigten Zugangs für alle – insbesondere für Frauen - zur Justiz.

ÖB Ottawa

- Anlässlich des Weltfrauentages fand am 10. März in Ottawa das Konzert „Women of Note – Music by European Women Composers“ statt, welches in Zusammenarbeit mit den Vertretungsbehörden mehrerer EU-MS und der ho. EU-Delegation organisiert wurde.
- Weiters wurde die englische Fassung der Wanderausstellung Kalliope Austria 2017 in Toronto, Waterloo ON, Edmonton und Calgary gezeigt. Dieselbe Ausstellung wird 2018 sowohl in englischer als auch (neu) in französischer Sprache in Zusammenarbeit mit verschiedenen akademischen Institutionen quer durch Kanada gezeigt werden.

ÖB Paris

- Die Botschaft nahm am 1. September an der Konferenz des von Jacques Attali und Richard Attias gegründeten „Global Positive Forum“ in Paris teil. Die Gründerin der österreichischen NGO „Women without Borders“, Edit Schlaffer, stellte bei diesem Forum ihr Projekt „Mütterschulen“ gegen Extremismus vor. Die Botschaft unterstützt Edit Schlaffer seit mehreren Jahren bei der Suche nach Projektpartnerinnen und -partnern für die Errichtung von Mütterschulen in Frankreich.
- Die Botschaft organisierte für den Arbeitsbesuch von Bundesministerin Karmasin am 5. und 6. Dezember neben einem Gespräch mit der Staatssekretärin für Gleichstellung, Marlène Schiappa, zu Fragen der Gleichstellung und der Bekämpfung von Sexismus einen Austausch mit der Beobachtungsstelle für den Ausgleich zwischen Berufstätigkeit und Elternschaft in Unternehmen.
- Die Geschäftsträgerin ad interim hielt im Schuljahr 2016/17 einen Vortrag an der „International School of Paris“ über die beruflichen Möglichkeiten im Bereich internationaler Beziehungen. Zielpublikum waren Mädchen im Alter von 9-12 Jahren.

ÖB Podgorica

- Teilnahme der österreichischen Botschafterin an diversen OSZE-Briefings zur Umsetzung der Wahlempfehlungen seitens des ODHIR und der OSZE zu Montenegro. Eine der zentralen und noch nicht umgesetzten Empfehlungen ist die Erhöhung des Frauenanteils in politischen Funktionen.
- Teilnahme der österreichischen Botschafterin am Treffen zum EU Gender Action Plan 2016-2020 am 24. November zur Vorbesprechung von gemeinsamen Initiativen für das Jahr 2018.

- Präsentation der Wanderausstellung „Bertha von Suttner“ in drei Städten (Nikšić vom 8. bis 23. März; Bijelo Polje 5. bis 18. April; und Tivat vom 27. April bis 5. Mai).

ÖB Prag

- Das KF nahm am 23. September beim diesjährigen Frauenkongress teil. Ziel dieses alle zwei Jahre stattfindenden Treffens ist die Vernetzung von Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen aus der Kunstwelt, Academia, dem privaten und dem öffentlichen Sektor zu Diskussion und Erfahrungsaustausch rund um Frauenthemen – Tschechien als auch auf internationaler Ebene. Zum diesjährigen Thema „Öffentlicher Raum/ Cyberspace“ trug das KF Prag in Kooperation mit dem Kongress mit der Erstellung und Verbreitung einer tschechischen Adaption der Broschüre „Safe im Cyberspace – Mädchen im Netz“ des Wiener Magistrats bei. Eine vergleichbare Publikation zum Thema gab es für diese Altersgruppe in Tschechien bisher nicht.
- Ein Vertreter der österreichischen Botschaft empfing Vertreterinnen der „Czech Women’s Lobby“ am 10. November und besprach Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Unterstützung. Dabei ging es v.a. um Unterstützung in Anliegen, die aus ihrer Sicht in Österreich bereits erfüllt bzw. besser als in Tschechien erfüllt sind (z.B. Wahl des Ortes und der Art der Geburt), aber auch um Zusammenarbeit in allgemeineren Fragen. Aus österreichischer Sicht wurde auch die Umsetzung von Resolution 1325 angesprochen.

ÖB Pretoria

- Die ÖB Pretoria ist mit dem Regionalbüro von United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) in regelmäßigem Kontakt, um die Fortschritte des von der ADA finanzierten und von UNODC im südlichen Afrika implementierten Projekts „Making the SADC-Region Safer from Drugs and Crime“ vor Ort zu besprechen und zu beobachten. Das Projekt verfolgt das Ziel, Programme zu etablieren, durch die von Gewalt betroffene Frauen und Kinder Rechtsschutz, Rechtsvertretung und Betreuung erhalten sowie Maßnahmen zu setzen, um Strafverfolgung und Strafvollzug bei Gewalt gegen Frauen und Kinder zu erhöhen.
- Die ADA finanziert darüber hinaus das Programm „Mainstreaming Gender in the SADC Renewable Energy Sector“, welches über das SADC-Sekretariat abgewickelt wird. Auch hier steht die ÖB Pretoria, die sehr eng mit der SADC im Bereich der erneuerbaren Energien kooperiert, regelmäßig mit der SADC Gender Unit in Kontakt, um die Umsetzung des Programms zu evaluieren und zu beobachten.

ÖB Pristina

- Im 1. Halbjahr übernahm die Botschaft die Schirmherrschaft über eine Konferenz zum Thema „Empower Women Now! Creating a Culture of Recognition and Reconciliation in Kosovo“. Die Konferenz fand am 11. und 12. Mai in Gjakova statt und wurde von Medica Mondiale und Medica Gjakova mit finanzieller

Unterstützung der ADA organisiert. Zusätzlich fand in Pristina am 10. Mai dazu eine Pressekonferenz statt.

- Ein weiterer Schwerpunkt, der durch die Botschaft und von der ADA unterstützt wurde, war die Kampagne „A Ray of Light. Awareness Campaign Against Discrimination of Survivors of Sexual Violence During the Armed Conflict In Kosovo“, die im Herbst über mehrere Wochen in ganz Kosovo lief. Am 7. Dezember ging die Kampagne mit einer Abschlusskonferenz zu Ende.

ÖB Rabat

- Am 16. Februar nahm der österreichische Botschafter an einer von der Hilfsorganisation OXFAM im Rahmen ihrer Kampagne „Genug! Gemeinsam gegen die Gewalt.“ („Baraka! Ensemble contre les violences“) organisierten Veranstaltung zum Thema „Dekonstruieren/ konstruieren sozialer Normen/ konstruieren ohne Gewalt“ („(dé)construire les normes sociales/ construire sans violence“) teil.
- Die Kampagne „Genug! Gemeinsam gegen die Gewalt.“ richtet sich auf die Bekämpfung von Gender basierter Gewalt und soll, insbesondere mit künstlerischen Ausdrucksmitteln, dazu beitragen, überholte soziale Normen, die Gewaltverhalten weitergeben, zu bekämpfen.
- Die Veranstaltung vom 16. Februar umfasste eine Kunstinstallation gegen Gewalt, Tanz, Theater-Improvisationen, Diskussionen mit der Exekutiv-Direktorin von OXFAM zur Arbeit der Organisation auf lokaler und globaler Ebene sowie ein Diskussionsforum zum Thema „Dekonstruktion sozialer Normen“.
- Am 13. Dezember nahm der österreichische Botschafter an einer Informationsveranstaltung teil, bei der im Beisein des Premierministers und des Staatsministers für Menschenrechte, der „Nationale Aktionsplan für Demokratie und Menschenrechte“ („Plan d’Action national en matière de Démocratie et de droits de l’Homme“ – PANDDH) für die Periode 2018-2021 gestartet wurde. Der neue Aktionsplan umfasst 430 Maßnahmen in den vier Bereichen Demokratie und Regierungsführung, Wirtschaftsrechte, Schutz und Förderung der Rechte bestimmter Personengruppen sowie institutioneller und rechtlicher Rahmen.

ÖB Santiago de Chile

- Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des UN Women Nationalkomitee Österreich nahm die Botschaft an der Kampagne „Orange the World“ teil, indem Bürobeleuchtung und Kleidung der Bediensteten zwischen 25. November und 10. Dezember in orange gehalten wurden.
- Im Dezember fand anlässlich des EU-Chile Menschenrechtsdialogs ein Meinungs-austausch mit verschiedenen relevanten staatlichen und NGO-Vertreterinnen und Vertretern über einschlägige chilenische Initiativen statt.

ÖB Skopje

- Die Botschaft nahm regelmäßig an den von der ho. UNDP-Vertretung organisierten Gender Donor Coordination Meetings teil. Im Rahmen dieser Treffen berichten alle Stakeholder über Projekte oder Finanzierungsvorhaben, die eine Verbesserung der Lebenssituation der Frauen in Mazedonien anstreben. Ziel ist es, Kräfte zu bündeln und Synergien zu entwickeln.

ÖB Stockholm

- Insbesondere während der schwedischen Mitgliedschaft im VN-SR zu dessen Prioritäten die Umsetzung von Resolution 1325 gehörte, bestand ein regelmäßiger Austausch mit dem schwedischen Außenministerium zu diesem Thema.

ÖV Strassburg

- Der Europarat (EuR) befasst sich ausdrücklich nicht mit sicherheitsrelevanten Themen. Gender-relevante Themen im weiteren Sinn werden jedoch im Innenbereich aktiv behandelt, was ja auch der besonderen Rolle des EuR im Bereich der Menschenrechte entspricht.
- Der EuR verfügt über eine Gender Equality Strategy 2014-2017. Die Gender Equality Strategy 2018-2023 befindet sich in Ausarbeitung.
- Weiters verfügt der EuR über eine Gender Equality Commission, deren Vorsitzende die Österreicherin Eva Fehringer (BMASK) ist.
- Das am 1. 8. 2014 in Kraft getretene Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“), bei dem Österreich zu den Vertragsstaaten zählt, verfügt über einen eigenen Monitoring-Mechanismus auf Expertenebene (GREVIO). Die Österreicherin Rosa Logar wurde 2015 zur 1. Stellvertretenden Vorsitzenden von GREVIO gewählt. Der österreichische Botschafter übte die Funktion des 1. Stellvertretenden Vorsitzenden aus.
- 2016 wurde von GREVIO eine Ländermonitoring-Prüfung Österreichs unter der Konvention (gemeinsam mit Monaco – erste Mitgliedstaaten, die überprüft werden) in die Wege geleitet. Die Publikation des Berichts samt Empfehlungen erfolgte am 27. September.
- Im Oktober 2016 wurde die 2. Präsidentin des Salzburger Landtags Gudrun Mosler-Törnström zur Präsidentin des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas gewählt. Sie ist die erste Frau in dieser Funktion und übt diese bis Herbst 2018 aus.
- Von den fest angestellten Arbeitskräften im EuR sind ca. 65 % Frauen, darunter auch die stellvertretende Generalsekretärin.

ÖB Tiflis

- Die österreichische Botschaft Tiflis zeigte anlässlich des „Monats der deutschen Sprache“ den Film „Eine Liebe für den Frieden – Bertha von Suttner und Alfred Nobel“ von Regisseur Urs Egger in einem Tbiliser Kino, um die Konsequenzen eines bewaffneten Konflikts für Frauen sowie das Engagement Suttners für den Frieden zu verdeutlichen.

ÖB Tripolis

- Am 11. Dezember wurde an der österreichischen Botschaft eine kanadisch-österreichische Menschenrechtsveranstaltung mit Prof. Manfred Nowak zum Thema „Violence against Women and Children“ abgehalten.
- Weiters wurde ein Workshop libyscher Menschenrechtsaktivistinnen und Menschenrechtsaktivisten unter VN-Anleitung organisiert. Darin wurden die Erfahrungen der Aktionstage sowie eines Workshops des Kineshilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) zu Gewalt gegen Kinder gebündelt und als Empfehlungen an die libyschen Behörden und die internationale Gebergemeinschaft formuliert. Beim anschließenden Panel am Abend mit Reden von Prof. Manfred Nowak (Wien) zu den internationalen Aspekten und von Frau Zarah Langhi (Benghazi/Kairo) zur Lage im Krisenland Libyen wurden diese Empfehlungen eingeflochten. Ko-Veranstalter waren die kanadische Botschaft (Tripolis, resident in Tunis) und ÖB Tripolis (resident in Tunis) in Zusammenarbeit mit der niederländischen Botschaft Tripolis, der United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL), UN Women (Libyen Büro), dem Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR, Libyen Büro), dem United Nations Population Fund (UNFPA, Libyen Büro), UNICEF (Libyen Büro), der IOM, Libyen Büro und dem Cairo Institute for Human Rights (Libyen Abteilung).

ÖV Wien

- Die ÖV Wien ist Teil der „International Gender Champions Initiative“, die, ausgehend von Genf und New York, seit dem Jahr 2017 auch bei den VN in Wien präsent ist. Die österreichische Ständige Vertreterin bei den VN in Wien war unter den ersten Gender Champions in Wien und hat sich im Rahmen der zu leistenden Vorsätzen für die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und die Anwendung einer geschlechtergerechten Perspektive verpflichtet.
- Österreich ist weiters der „Group of Friends for Women in Nuclear“ beigetreten, einer Gruppe gleichgesinnter Staaten, die sich aktiv für eine Erhöhung des Frauenanteils in hochspezialisierten Berufen im Nuklearbereich einsetzt. Dabei handelt es sich einerseits um die Repräsentation von Frauen in internationalen Organisationen wie der in Wien ansässigen Atomenergieorganisation (IAEO), andererseits aber auch um technische und wissenschaftliche Berufe. Den Vorsitz dieser Gruppe führen Australien und Mexiko.
- Die Vorbereitungen für die im Jänner 2018 stattfindende Konferenz des Academic Council on the United Nations System (ACUNS) mit dem Titel „Achieving Gender

Equality and Female Empowerment: A Collaborative Vision of SDG 5“ begannen bereits Ende 2017. Botschafterin Stix-Hackl hielt eine Rede und die ÖV Wien organisierte einen Empfang für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der dreitägigen Konferenz.

- Die ÖV Wien unterstützte erneut den „International Festival Bazaar“ der United Nations Women’s Guild. Die „UN Women’s Guild“ ist eine Wohltätigkeitsorganisation von Frauen mit Verbindung zu den VN. Der jährlich stattfindende Bazaar ist die größte Veranstaltung, deren Erlös bedürftigen Frauen und Kindern weltweit zugutekommt. Die Österreichische Ständige Vertreterin bei den VN in Wien hielt die Eröffnungsrede anlässlich des 50. Jubiläums des Bazaars.